Nr. 26. Hamburg, den 28. Juni 1902. 15. Jahrgang.

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit".

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal ℳ 1 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband ℳ 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Staningk, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Vereins-Anzeigen für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰. Zeitungs-Preisliste Nr. 3202.

Inhalt: Der Kampf um den Arbeitsvertrag. — Der vierte deutsche Gewerkschaftskongreß. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen. Versammlungen und sonstige Bewegung. Etwas über die Taktik der Berliner Lokalorganisation. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen 2c. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralkrankenkasse. — Abrechnung des Verbandes vom 1. Quartal 1902. — Zentralverband der Maurer. — Anzeigen.

Der Kampf um den Arbeitsvertrag.

II.

Mit der Entwickelung des Großbetriebes auf der Basis des Maschinenwesens, welcher die alte zünftlerische gewerbliche Ordnung zerstörte, trat die Arbeiterfrage und die Arbeiterorganisation in ein neues Stadium ein. Der industrielle Kapitalismus war noch weit mehr als der zünftlerische Gewerbebetrieb auf die Unterwerfung und Ausbeutung der Arbeiter bedacht. Große Massen kleiner Meister sanken infolge der übermächtigen kapitalistischen Konkurrenz in die Lage unselbstständiger Arbeiter herab, und große Massen handwerklich gelernter Arbeiter sahen sich der Beschäftigung beraubt. Diese Wirkungen machten zunächst hauptsächlich in England sich bemerkbar. Das erwähnte Lehrlingsgesetz wurde von den Großindustriellen benutzt, sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen, die auf mindestens sieben Jahre gebunden waren. Es finden sich in den englischen Parlamentsberichten Fälle verzeichnet, daß Arbeitgeber auf zwei ausgelernte Arbeiter an hundert Lehrlinge beschäftigten, während gleichzeitig das Land von beschäftigungslosen ausgelernten Arbeitern überschwemmt war, und daß diese Lehrlinge unmittelbar nach Vollendung der Lehrzeit entlassen und durch neue Lehrlinge ersetzt wurden. Die Frauen- und Kinderarbeit fand Eingang in die Industrie, den Männern eine ungeheure Konkurrenz machend. Die Lage der Arbeiter wurde verschlechtert und unsicherer, der Lohn geringer, die Arbeit härter, die Behandlung schlimmer; sie geriethen in die vollkommenste, nahezu sklavische Abhängigkeit vom Unternehmerthum. „Da bildeten dann", sagt Brentano, „wie früher die Zünfte der freien Handwerker gegenüber den Uebergriffen der Altbürger, nunmehr die Arbeiter die Gewerkvereine gegen die Bedrückungen der damals entstehenden Industriebarone. Und ähnlich dem Zweck jener Gilden war der Zweck dieser Gewerkvereine: die Erhaltung der Unabhängigkeit und des Rechtes und eines Systems der Ordnung gegenüber der hereinbrechenden Herrschaft eines gewerblichen und sozialen Faustrechts."

Die englischen Arbeiter verbanden sich im 18. Jahrhundert zunächst zu dem Zweck, das Herkommen aufrecht zu erhalten. Sie erstrebten zum Theil behördliche Festsetzung des Lohnes und der Arbeitszeit, sowie Verhinderung des Lehrlingsunwesens. Es handelte sich damals immer nur um gelegentliche Koalitionen der Arbeiter. War der Zweck einer Arbeitseinstellung erreicht, oder war derselbe mißglückt, so verschwand die Koalition wieder.

Bald aber lernten die Arbeiter die Nothwendigkeit und den Werth der dauernden Organisationen im Kampfe für erträgliche Arbeitsbedingungen erkennen, und sie schufen solche Organisationen trotz der bestehenden und rücksichtslos gehandhabten Koalitionsverbote. Einem Verlangen der Unternehmer entsprechend, erließ das englische Parlament im Jahre 1800 ein Gesetz, durch welches jegliche Verbindung von Arbeitern zur Erlangung von Lohnerhöhungen, Herabsetzung der Arbeitszeit 2c. strengstens verboten wurde. Zuwiderhandelnde sollten mit Zuchthaus und harter Zwangsarbeit bestraft werden. Dieser verbrecherische Wahnsinn wurde verschärft dadurch, daß die Regierung und die Gesetzgebung sich zu dem Grundsatze bekannten, der Staat habe sich in die Arbeiterverhältnisse nicht einzumischen und sei den Arbeitern einen Schutz nicht schuldig.

Furchtbare Verbitterung, Haß gegen die herrschende Gesellschaftsklasse ergriff ganz naturgemäß die Arbeiter. Sie trotzten dem Koalitionsverbot. Ihre Koalitionen nahmen den Charakter geheimer Verbindungen, förmlicher Verschwörungen an, die in der Verfolgung ihrer berechtigten Zwecke nicht vor Gewaltthaten zurückschreckten. Im Kampfe um's Dasein wählten die Unterdrückten und Entrechteten rücksichtslos die Mittel, von denen sie Hülfe erwarteten.

Diese schlimmen Wirkungen der brutalen Ungerechtigkeit, den Arbeitern die Koalition zu verbieten, führten im Jahre 1824 zur Aufhebung des Gesetzes von 1800.

Mit unbeugsamer Energie und Konsequenz verfochten die englischen Arbeiter den Standpunkt, daß sie auf vertragliche Festsetzung der Arbeitsbedingungen Anspruch haben und ihre Organisation in dieser Festsetzung ihre Hauptaufgabe zu erblicken habe.

Zeitlich zurückgehend, erinnern wir daran, daß der französische Staatsmann Turgot durch sein Edikt vom Februar 1776, welches die gänzliche Beseitigung des Zunftwesens bezweckte, die vielberufene „Freiheit der Arbeit" proklamirte. Turgot definirte diesen Begriff dahin: An Stelle des bisherigen Dienstverhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber trete das „reine Vertragsverhältniß"; an Stelle der Unterordnung des Arbeiters unter die Willkür des Arbeitgebers trete die „Gleichberechtigung der Kontrahenten" bei Abschluß des Arbeitsvertrages. Der Arbeiter sei frei, ausgestattet mit dem „Recht zu arbeiten". In diesem Recht möchte er geschützt werden, und deshalb seien alle Koalitionen, welche die Freiheit des einzelnen Individuums für die Feststellung der Arbeitsbedingungen einschränken bezw. in das individuelle Recht, zu arbeiten unter irgend welchen persönlich vereinbarten Bedingungen, eingreifen, die Festsetzung gemeinsamer Arbeitsbedingungen, den kollektiven Arbeitsvertrag bewirken wollen, zu verbieten.

Ein unhaltbarer Standpunkt. Doch hat dieser Begriff „Freiheit der Arbeit" eine ernorme und verhängnißvolle praktische Bedeutung erlangt; er hat dazu gedient, die wirthschaftliche Uebermacht, die Willkür, die Ausbeutungssucht des Kapitalismus, die Unterwerfung der Arbeiter unter die Kapitalherrschaft zu bemänteln und die Koalitionsverbote zu „rechtfertigen", wider die das arbeitende Volk so lange und so schwer zu kämpfen hatte. Das Prinzip des Individualismus, der Satz vom „Schutze der freien Persönlichkeit" wurde dazu mißbraucht, die systematische Verklarung einer ganzen Klasse in's Werk zu setzen.

Im Grunde genommen entspringt das Schlagwort vom „Schutze der Arbeitswilligen" gegen „Koalitionsterrorismus", welcher in Deutschland seit Jahren von der Reaktion als Vorwand zur Bekämpfung der Arbeiterorganisation verwerthet wird (Zuchthausgesetzvorlage!), auch nur einer einseitigen Konstruktion des Begriffes „Freiheit der Arbeit". Schon Adam Smith erkannte, daß es statt „Freiheit der Arbeit" und „Schutz des individuellen Arbeitsrechtes" heißen müsse: Schutz der Ausbeutungsfreiheit. Dieser große Bourgeosiökonom erhebt in seinem „Nationalreichthum" (I. 10. 2.) die Klage: „Wenn immer die Gesetzgebung die Zwistigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu regeln unternimmt, sind stets die Arbeitgeber ihre Rathgeber ... Dementsprechend giebt es keine Gesetze gegen die Koalitionen der Arbeitgeber zur Herabdrückung des Arbeitslohnes, wohl aber Gesetze gegen Koalitionen der Arbeiter zu seiner Erhöhung. Die Arbeitgeber aber sind in einer fortlaufenden, wenn auch stillen Koalition gegen die Arbeiter."

Im Verlaufe des neunzehnten Jahrhunderts ist der Kapitalismus die herrschende wirthschaftliche, politische und soziale Macht geworden, zu der die Arbeit in einem Verhältnisse der Abhängigkeit steht. Dieses Verhältniß ist um so unbedingter und schroffer, je mehr das Kapital unter Benutzung der Fortschritte der Technik im Stande ist, den Werth der persönlichen Arbeit herabzudrücken. Während früher die Arbeit der Sklaven und Hörigen durch deren Herren monopolisirt war, hat sich jetzt das Kapital dieses Monopol zugeeignet. Die kapitalistische Produktionsweise ist darauf berechnet, die Produktionskosten, also in erster Linie auch die Arbeitslöhne, zu verringern. Den so erlangten Vortheil verlangt das Kapital für sich als Kapitalprofit resp. Unternehmergewinn.

Andererseits hat der Arbeiter das Recht der freien Verfügung über seine Arbeitskraft; er ist an kein bestimmtes Geschäft, keinen bestimmten Arbeitgeber, keine bestimmte Arbeitsstätte gebunden; dem Unternehmer gegenüber nimmt er die Stellung eines Waarenverkäufers ein; er verkauft seine Arbeitskraft und ist dabei von dem ganz natürlichen Bestreben geleitet, das ihm für seine Arbeit zu gewährende Aequivalent (den Lohn) so hoch wie möglich zu normiren, wie überhaupt die Arbeitsbedingungen für sich so günstig wie möglich zu gestalten.

Das Unternehmerthum hat seine Feindschaft gegen die wirklich freie Vereinbarung der Arbeitsbedingungen oft mit der Behauptung zu rechtfertigen versucht: dem Arbeitgeber gebühre deshalb das Recht, die Bedingungen nach eigenem Ermessen vorzuschreiben, weil er die Arbeiter von seinem Kapital entlohne. Das ist eine haltlose, widersinnige Phrase. Die von bürgerlichen Nationalökonomen selbst festgestellte Wahrheit ist, daß die Arbeiter nicht aus dem Kapital, sondern aus dem eigenen Produkt entlohnt werden. Nie wird der Arbeiter vor der Arbeit gelohnt, sondern nachdem er sie verrichtet oder ein Produkt geliefert hat, mag dieses auch in Bezug auf die vorliegende Arbeit noch nicht ganz fertig sein. Der zur Lohnzahlung erforderliche Hülfsfonds ist lediglich ein Fonds von Anweisungen, die dem Arbeiter für schon geleistete Arbeit als Lohn gegeben werden; er erhält sie auch lediglich als Anweisung auf Lebensmittel. Denn nach der kapitalistischen Tendenz hat der Arbeitslohn nicht etwa den Zweck, dem Arbeiter zu nennenswerthem Eigenthum an Gütern zu verhelfen, sondern den, sein Dasein zu fristen, unter Noth und Entbehrungen aller Art zu vegitiren.

Vor sechzig Jahren schrieb Rodbertus in seiner meisterhaften Untersuchung der staatswirthschaftlichen Zustände:

„Die moderne Rechtsidee hat auch für die Arbeiter die freie Persönlichkeit so vollständig anerkannt wie für die Rentiers, und es ist daher nicht abzusehen, warum sie noch in der Staatswirthschaft dahin herabgewürdigt werden soll, daß es auf ihr Leben und ihren Genuß an sich garnicht, sondern nur in Bezug auf die Produktion der Lebensgenüsse des Kapitalisten ankomme." Dazu bemerkt er: „daß solche staatswirthschaftliche Betrachtungsweise noch unwillkürlich die Sklaverei voraussetzt" und daß dann allerdings die Arbeiter „nur zu den vollkommeneren Maschinen werden und ihre Unterhaltungsmittel aufhören, ein unmittelbares Gut zu sein und dem Futter des Zugviehs oder den Kohlen, die die Maschinen speisen, gleich werden".

Auch betont Rodbertus die Nothwendigkeit, „den Antheil der arbeitenden Klasse am Nationaleinkommen zu erhöhen, und zwar auf einer soliden, den Ein-

wirkungen des Verkehrs entzogenen Grundlage". „Ich will", so führt er dazu aus, „diese Klassen ebenfalls an dem Fortschritt der Produktivität theilnehmen lassen und jenes Gesetz aufheben, das sonst für unsere Verhältnisse einst tödtlich werden dürfte, das Gesetz nämlich: daß die Arbeiter, möge die Produktivität noch so sehr zunehmen, immer wieder durch die Gewalt des Verkehrs auf einen Lohnsatz zurückgeworfen werden, der nicht den nothwendigen Unterhalt übersteigt; ein Lohnsatz, der sie von der Bildung des Zeitalters ausschließt; ein Lohnsatz, der den schreiendsten Widerspruch zu ihrer heutigen rechtlichen Stellung bildet, jener formalen Gleichheit mit den übrigen Ständen, die durch unsere wichtigsten Proklamationen anerkannt wird. Ich will dadurch, daß ich den Arbeitern ein größeres Loos am Nationaleinkommen sichere, zugleich die periodischen furchtbaren gewerblichen Krisen beseitigen, die lediglich in einem Mißverhältniß der Kaufkraft zur Produktivkraft liegen. Die Kaufkraft bleibt hinter der Produktivkraft deshalb zurück, weil die Theilnahme an deren Resultaten nicht geregelt ist (mit anderen Worten: weil die Masse des arbeitenden Volkes nicht in der Lage ist, entsprechend zu konsumiren), deren Kaufkraft ist nichts als Antheil an den Resultaten der Produktivkraft oder dem Nationaleinkommen."

Als Rodbertus das schrieb, gab es noch keine sogenannte „umstürzlerische" Sozialdemokratie und in Deutschland noch keine gewerkschaftliche Arbeiterorganisation. In diesen Ausführungen begreift sich das, was man den sittlichen und ökonomischen Inhalt des Arbeitsvertrages nennen kann. Der Arbeitsvertrag soll diesen Anforderungen der Vernunft und Gerechtigkeit genügen. Es geht nicht an, das Recht des Arbeiters beschränken zu wollen auf das Verhandeln seiner Arbeitskraft an den Unternehmer, zu den Bedingungen, die Letzterem belieben. Die Grundlage des modernen Arbeitsrechts wird gegeben durch die persönliche Freiheit des Arbeiters und die rechtliche Gleichheit von Unternehmer und Arbeiter als Kontrahenten.

Dieses Prinzip wird nicht dadurch erschöpft, daß der Arbeiter anbietet, was er leisten will für einen bestimmten Preis und daß der Unternehmer bezeichnet, was er an Arbeit beansprucht und dafür bezahlen will. Solcher Handel um Arbeit und Lohn fand auch schon, wie wir eingangs unserer Ausführungen erwähnt haben, unter der alten Gewerbeverfassung statt; zwingende Bestimmungen, daß die Arbeit zu einem gewissen Normallohn und unter Innehaltung einer Normalarbeitszeit zu verrichten sei, gab es nur zu den besten Zeiten der Zunft. Das moderne Arbeitsrecht hat, wie wir oben unter Bezugnahme auf Rodbertus dargelegt haben, einen weiteren und bedeutsameren Inhalt als den Begriff des einfachen Handels um Arbeit und Lohn: es kommen für den Abschluß des Arbeitsvertrages nicht nur wirthschaftliche und formell-rechtliche, sondern auch humanitäre und sittliche, allgemein kulturelle Gesichtspunkte in Betracht; die Arbeitskraft soll nicht Waare sein, die ohne Rücksicht auf die Lage, auf die berechtigten Ansprüche der Arbeiter, verkauft und gekauft wird nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage — das ist unvereinbar mit dem Charakter der Arbeit als hervorragendster Kulturfaktor, der nicht nur einen wirthschaftlichen Werth hat, sondern gewissermaßen die Quintessenz aller Sittlichkeit enthält. Die Arbeit ist die Quelle aller Kultur, die Mutter der Humanität, die Seele des Staats- und Gesellschaftskörpers, der Inbegriff der natürlichen Bestimmung des Menschen und seiner Würde; sie hat einen Selbstzweck und nicht soll sie, wie der radikale Kapitalismus will, das Mittel sein zu dem Zweck, eine kleine Minderheit auf Kosten der Arbeitenden zu bereichern. Dieser Selbstzweck der Arbeit ist: Erhaltung, Veredelung, Verschönerung des menschlichen Lebens; Verhütung, Milderung, Beseitigung von Noth und Leiden aller Art. Deshalb ist die vom kapitalistischen System betriebene wirthschaftliche Ausbeutung Verwüstung und Verelendung der arbeitenden Massen eine Versündigung am Selbstzweck der Arbeit. Wer sein Arbeitskraft ehrlich bethätigt im Interesse der Gesammtheit, der gewinnt damit ein natürliches Recht auf den Genuß alles Dessen, was die Arbeit an wirthschaftlichen Gütern und Kultureinrichtungen zur Erleichterung und Verschönerung des Lebens bietet.

Der vierte deutsche Gewerkschaftskongreß

hat in der Woche vom 16. bis 21. Juni d. J. in Stuttgart stattgefunden. Auf demselben waren anwesend 156 Delegirte, die zusammen 681 118 gewerkschaftlich organisirte Arbeiter vertraten. Von den Delegirten gehörten 61 den Gewerkschaftskartellen an und von diesen waren 5 zugleich Vorsitzende der Kartelle. Als Referenten zu den verschiedenen Tagesordnungspunkten waren seitens der Generalkommission bestimmt und erschienen:

Frau M. Tietz-Berlin für die Agitation unter den Arbeiterinnen, A. Körsten-Berlin für das Reichs-Arbeitersekretariat, E. Simanowski-Berlin für die Wahl und Organisation der Vertreter in der Sozialgesetzgebung, F. Paeplow-Hamburg* für das Submissionswesen (Streikklausel). [Die mit * Bezeichneten sind gleichzeitig Delegirte resp. Referenten oder Uebersetzer.] F. Käming-Stuttgart für die Hausindustrie, J. Mattutat-Stuttgart für die Thätigkeit und rechtliche Stellung der Arbeitersekretariate, A. v. Elm-Hamburg* für die Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenversicherung, R. Wirth-Dresden* (Verband der Eisenbahner) für das Koalitionsrecht der Eisenbahner, P. Umbreit-Hamburg* für den Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte.

Als Uebersetzer fungirten: Fräulein J. Altmann-Berlin*, Frau Dr. M. Hofmann-Berlin, Frau Clara Zetkin-Stuttgart, A. v. Elm-Hamburg*, G. Balär-Zürich.

Als Gäste waren anwesend: Böhmen: J. Rousar-Prag, Böhmische Gewerkschaftskommission. Dänemark: J. Jensen-Kopenhagen, Samvirkende Fagforbund i Danmark. England: Pete Curran-London und Jas O'Grady-London, General Federation of Trade Unions. Frankreich: B. Griffuelles-Paris, Confédération général du Travail. Italien: A. Cabrini-Mailand, Federazione Italiana delle Camere del Lavoro. Niederlande: G. van Erkel-Amsterdam, Nationaal Arbeids-Secretariat. Norwegen: A. Pedersen-Christiania, Arb. fagl. Landsorganisation i Norge. Oesterreich: A. Hueber-Wien, Oesterreichische Gewerkschaftskommission. Schweden: H. Lindquist-Stockholm, Landsorganisationen i Sverige. Schweiz: A. Calame-Zürich, Schweizerischer Gewerkschaftsbund und H. Greulich-Zürich, Schweizerisches Arbeitersekretariat. Spanien: Antonio Garcia Quejido-Madrid, Union general de Trabajadores. A. Sremski-Posen, Redakteur der „Oswiata". R. Lipinski-Leipzig, vom Verein Arbeiterpresse. A. Thiele-Halle a. d. S., vom Verein Arbeiterpresse.

Von Behörden: Dr. Hölzel vom Reichsamt des Innern. Gewerbe-Inspektoren Baurath Berner-Stuttgart, Baurath Hochstetter-Stuttgart. Gewerbe-Inspektor Hardegg. Gewerbe-Inspektionsassistentin Grünau.

Ferner waren als Gäste gemeldet: Vom Verband der Elektromonteure: H. Zarn-Hamburg. Vom Verband der Portefeuiller: H. Weinschild-Offenbach a. M. Von örtlichen Gewerkschaftskartellen: G. Broch-Solingen. A. Danguillier-München. C. Lüttich-Leipzig.

Die Generalkommission war vertreten durch: C. Legien, A. Röske, A. Bringmann*, A. Demuth*, F. Paeplow*, G. Sabath.

Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige, wie schon aus der oben angegebenen großen Zahl der Referenten hervorgeht. Es wurde außerdem aber noch beschlossen, Stellung zu nehmen gegen die von der Reichsregierung geplante und von den nimmersatten Agrar- und Industriebaronen lebhaft unterstützte Zollgesetzgebung. Ferner soll eine Willenserklärung des Kongresses darüber herbeigeführt werden, ob es mit dem Koalitionsrecht vereinbar erscheint, daß die Staatsanwälte in Preußen auf Anweisung der Minister des Innern und der Justiz Anklagen erheben und Verurtheilungen durch die Gerichte herbeiführen auf Grund des Erpressungsparagraphen auf solche Personen, die sich weigern, mit nicht gewerkschaftlich organisirten Arbeitern zusammen zu arbeiten.

Der Kongreß wird eröffnet durch den Vorsitzenden der Generalkommission Legien. Er heißt die Delegirten willkommen und konstatirt die interessante Thatsache, daß Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden zum ersten Male sich bewogen gefühlt haben, der Einladung, zu einem Arbeiterkongreß Vertreter zu entsenden, Folge zu geben. Legien spricht den Wunsch aus, daß die erschienenen Vertreter sich auf einem Arbeiterkongresse ebenso wohl fühlen möchten, wie auf einem Kongresse der Unternehmer, auch hoffe er, daß sie ihren vorgesetzten Behörden die vorgebrachten Klagen übermitteln und auf Abstellung aller Mißstände dringen werden. Nachdem dann Haueisen die Delegirten Namens der Stuttgarter Gewerkschaften begrüßt und ihnen guten Erfolg ihrer Arbeiten gewünscht hatte, folgten die Ansprachen der ausländischen Delegirten. Den Inhalt derselben kann man kurz dahin zusammenfassen, daß alle fremdländischen (Wir bitten, den Ausdruck sinngemäß und nicht streng wörtlich aufzufassen. Die Red.) Abgesandten den deutschen Arbeitern ihre Sympathie bekunden und das Versprechen abgeben, sich die deutsche Arbeiterbewegung zum Muster nehmen zu wollen. Lebhafte Zustimmung der Kongreßdelegirten erfuhr die Versicherung der englischen Delegation, daß die englischen Arbeiter sich allmälig zu der Einsicht durchringen, daß neben der Gewerkschaftsbewegung auch die Betheiligung an der politischen Aktion und zwar nach der Richtung hin, die durch Lassalle und Marx gegeben ist, unabweisbar geworden sei.

Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission liegt gedruckt vor und wird von Legien in seinen einzelnen Theilen des Näheren mündlich erläutert und ergänzt. Besonders ist es die Angelegenheit mit dem Leipziger Gewerkschaftskartell, hervorgerufen durch den Streit mit den Buchdruckern, die von ihm ausführlich beleuchtet wird.

In der Debatte nimmt dieser Gegenstand denn auch einen ziemlich breiten Raum ein, während an der Thätigkeit der Generalkommission auf den übrigen Gebieten nur von ganz wenig Rednern Aussetzungen gemacht werden. Und da war es besonders der national-soziale Lithograph Tischendörfer, der bemängelt, daß die Generalkommission es abgelehnt hat, den durch bürgerliche Sozialpolitiker, an deren Spitze der frühere preußische Minister Berlepsch steht, nach Paris einberufenen Kongreß für den internationalen Arbeiterschutz zu befürworten und zu beschicken. Von Legien wurde ihm erwidert, daß die Generalkommission die Betheiligung deshalb abgelehnt habe, weil in demselben Jahre (1897) in Zürich ein solcher Kongreß stattgefunden habe, an dem sich auch Berlepsch und Genossen hätten betheiligen können. Die deutsche Arbeiterschaft habe auch gar keine Ursache, den Sozialpolitikern aus dem bürgerlichen Lager nachzulaufen, wenn diese ehrliche Absichten hätten, dann könnten sie zu den Arbeitern kommen. Die Arbeiterschaft hätte selbst Sterne genug, sie brauche sich solche nicht erst in den bürgerlichen Lagern zu suchen.

Der Kongreß theilte die Ansicht der Generalkommission und erachtete die von Tischendörfer vorgebrachte Beschwerde als nicht berechtigt.

Auch das Verhalten der Generalkommission dem Leipziger Kartell gegenüber wurde gutgeheißen. Es wurde demselben der Rath ertheilt, sich den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse zu fügen, dann stände seiner Anerkennung als ein Organ der modernen Arbeiterbewegung nichts mehr im Wege.

Die Aussprache mit den Buchdruckern war eine gründliche. Allgemein wurde die Haltung des Vorstandes, insbesondere aber die des Redakteurs des „Korrespondent", des Organs des Buchdruckerverbandes, der sozialdemokratischen Partei gegenüber verurtheilt, wenn auch von einzelnen Rednern keineswegs verkannt wurde, daß es besser gewesen wäre, die Angriffe einzelner sozialdemokratischer Preßorgane auf den Buchdruckerverband wären unterblieben. Das Resultat der langen Debatte war, daß über den von dem Gewerkschaftskartell in Kassel gestellten Antrag, wonach die Gewerkschaft der Buchdrucker als gleichberechtigt mit dem Buchdruckerverband anerkannt werden sollte, zur Tagesordnung übergegangen wurde. Der Kongreß sprach jedoch den Wunsch aus, daß eine Einigung der beiden „feindlichen Brüder" im Buchdruckergewerbe angebahnt werden möge. Des Weiteren hat die Debatte zweifellos ergeben, daß die Meinung der Kongreßtheilnehmer dahin geht, daß es zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung keine Trennung geben darf, daß sich Beide ergänzen müssen.

Das Referat über die allgemeine Agitation und die Agitation unter den Frauen erstattete Frau Tietz-Berlin. Sie empfahl dem Kongreß folgende Resolution zur Annahme:

„Es ist im Interesse der organisirten Arbeiter dringend geboten, daß sie in allen jenen Industrien, welche weibliche Arbeiter beschäftigen, eine kräftige und planmäßige Agitation zur Aufklärung und Heranziehung der Kolleginnen entfalten.

Die weitgehenden technischen Fortschritte sowohl wie die Theilarbeit, welche die Hausindustrie begünstigt, ermöglichen die Einstellung ungelernter Kräfte, welche, so lange sie nicht für die Organisation gewonnen sind, gefährliche Konkurrenten bleiben. Mit ihrer Hülfe gelingt es den Unternehmern, immer weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, welche die gesammte Arbeiterschaft auf's Empfindlichste schädigen.

Um die Arbeiterinnen den Organisationen zuzuführen, empfiehlt es sich, außer den allgemeinen Agitationsversammlungen regelmäßige Werkstattsitzungen abzuhalten, in welchen die Arbeiterinnen systematisch über Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgeklärt und ihnen Gelegenheit gegeben wird, die Bestimmungen der Gewerbeordnung wie überhaupt die Arbeiterschutzgesetze kennen zu lernen.

Um aber die Agitation unter den Arbeiterinnen planmäßig in die Wege zu leiten, wäre den in Frage kommenden Gewerkschaften zu empfehlen, einen Beamten speziell nur mit den dafür nöthigen Arbeiten zu betrauen."

Ferner wurden zur Berathung gestellt:

1. Antrag des Vorstandes des Verbandes der Lithographen und Steindrucker: Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird beauftragt, die Einrichtung periodischer Unterrichtskurse über die Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Orten Deutschlands ernstlich erwägen und eventuell zur Ausführung bringen zu wollen.

2. Antrag H. Rohrlack (Metallarbeiter), Stettin: Der Kongreß empfiehlt den Gewerkschaften, für jede Provinz (resp. für bestimmte Landestheile) Provinzial-Agitationskommissionen, bestehend aus den Agitationsleitern aller Gewerkschaften, zu bilden. Denselben fällt die Aufgabe zu, sich gegenseitig in der Provinzial-Agitation zu unterstützen durch Austausch von Adressen, Material für Flugblätter, statistische Fragebogen, durch Anknüpfung von Verbindungen, Erledigung von Aufträgen, Anweisungen für die Thätigkeit der Gewerkschaftskartelle usw.

Während der Diskussion, die ebenfalls recht ausgedehnt war, ging noch ein Antrag Rudolph-Nürnberg ein, der wie

olgt lautet: „Da zur Gewinnung von Arbeiterinnen für die Organisationen Frauen am besten und erfolgreichreichten agitiren, beschließt der Kongreß, daß die Generalkommission die Pflicht hat, in allen Berufen und in allen Orten Deutschlands, wo Arbeiterinnen in der Industrie beschäftigt sind, die Agitation unter diesen durch Frauen zu betreiben. Die Generalkommission ist verpflichtet, die Unkosten für die Versammlungen ꝛc. zu tragen, falls die Gewerkschaften dazu nicht im Stande sind." Weiter wird von Göller-Frankfurt a. M. folgendes beantragt:

„Der Gewerkschaftskongreß hält es für nothwendig, daß die Organisation mehr Werth als bisher auf die Gewinnung der Arbeiterinnen für die Organisation legen. Als wirksames Mittel, um die gewonnenen Arbeiterinnen an die Organisation zu fesseln, empfiehlt der Kongreß, dieselben Unterstützungen einzuführen, welche den Verhältnissen der Arbeiterinnen entsprechen, namentlich Zuschüsse bei Krankheiten, Wöchnerinnenunterstützungen, Hauspflege für Schwerkranke usw."

Beide Anträge werden angenommen, ebenso die Resolution der Frau Tietz in folgender Fassung: „Es ist im Interesse der organisirten Arbeiter dringend geboten, daß sie in allen jenen Industrien, welche weibliche Arbeiter beschäftigen, eine kräftige und planmäßige Agitation zur Aufklärung und Heranziehung der Kolleginnen entfalten.

Die weitgehenden technischen Fortschritte sowohl wie die Theilarbeit, welche die Hausindustrie begünstigt, ermöglichen die Einstellung ungelernter Kräfte, welche, so lange sie nicht für die Organisation gewonnen sind, gefährliche Konkurrenten bleiben. Mit ihrer Hülfe gelingt es den Unternehmern, immer weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, welche die gesammte Arbeiterschaft auf's Empfindlichste schädigen.

Um die Arbeiterinnen den Organisationen zuzuführen, empfiehlt es sich, außer den allgemeinen Agitationsversammlungen regelmäßige Werkstattsitzungen abzuhalten resp. Hausagitation zu betreiben, um die Arbeiterinnen systematisch über Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Bestimmungen der Gewerbeordnung wie überhaupt die Arbeiterschutzgesetze aufzuklären.

Um aber die Agitation unter den Arbeiterinnen planmäßig in die Wege zu leiten, wäre den in Frage kommenden Gewerkschaften zu empfehlen, einen Beamten speziell mit den dafür nöthigen Arbeiten zu betrauen.

Als das wichtigste Agitationsmittel ist zu betrachten, daß sämmtliche organisirten männlichen Arbeiter ihre weiblichen Familienmitglieder, welche in irgend einem Berufe gewerblich thätig sind, veranlassen, daß dieselben sich der gewerkschaftlichen Organisation des betreffenden Berufs anschließen."

(Fortsetzung folgt.)

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streik befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in **Hamburg-Altona-Wandsbek-Wilhelmsburg-Harburg, Kiel, Neumünster, Buxtehude, Bleckede, Potsdam, Nauen, Luckenwalde, Nowawes-Neuendorf, Brandenburg a. d. H., Zielenzig, Kyritz, Coblenz, Kolmar i. P., Königsberg i. Pr., Schlawe, Posen, Rössel, Malchow-Nossentinerhütte, Konstanz, Stuttgart, Dömitz** und **Wittenberg.**

Gesperrt sind die Bauten der Unternehmer **Hügelmann** in **Wandsbek**, Volksdorferstraße; **Färber** in **Nienstedten**; **Meier** in **Schnelsen**; **Bültzing** in **Stade**; **Albrecht** in **Wilsnack**; **Witt** und **Frauen** in **Brunsbüttelkoog**; **Lechband** in **Krempe**; **W. Gödecke** in **Rienburg a. d. W.**; **Apel** in **Magdeburg**; **Spangenberg** in **Wittstock**; **Gundermann** in **Spremberg**; **Schölzchen** in **Alt-Heikendorf**; **Mühlenhaupt** in **Drezt**; **Liebenberg** in **Bielefeld**; **Gunkel** in **Cassel**; **Gäde** in **Gardelegen**; **Böbernin** in **Altenkirchen**; **Friedrich** und **Isbrand** in **Altlitzegöricke**; **Bäckow** in **Freienwalde**; **Voß** und **Schüler** in **Bärwalde**; **Gerber & Sohn** in **Waren**; **Dohme, Raijrotzky, Frohmann, Rosche, Püchel, Bindrich, Hammer** in **Halle a. d. S.**; **Sibbert** in **Krempe**; **Pardick** in **Neuendorf**, Großbeerenstraße; **Menzel, Bolle (Boswau & Knauer)** in **Nowawes**; **Mangelsdorf** in **Neu-Babelsberg**, Kaiserstraße.

Differenzen, die wahrscheinlich zu einem Streik führen, sind vorhanden in **Posen, Niemegk, Calbe, Braunschweig, Nordenham, Dortmund** und **Bielefeld.**

Die Unternehmer **Hamburgs** sind nach allen Richtungen der Windrose ausgefahren, um „Arbeitswillige" als Ersatz für die von ihnen an „freiwilliger Arbeit" behinderten einheimischen Maurer zu suchen. Der Erfolg ist gleich Null; wohl sind einige Leute angekommen, die Mehrzahl davon hat aber die Arbeit nicht aufgenommen, sondern ist wieder abgereist. Die Kontrakte, welche die Innung „Bauhütte zu Hamburg" den angeworbenen Leuten zur Unterschrift vorlegt, haben folgenden Wortlaut: „Da in Hamburg seitens der Meister eine Entlassung der Maurer- und Zimmergesellen stattgefunden hat, werden daselbst Gesellen gesucht. Zwischen dem betreffenden Bevollmächtigten der Meister in Hamburg und den unterzeichneten Maurer- und Zimmergesellen ist folgende Vereinbarung getroffen: Die Meister in Hamburg befördern die unterzeichneten Gesellen für ihre Rechnung nach Hamburg. Unterzeichneter verpflichtet sich, daselbst bei den ihm angewiesenen Meistern in Arbeit zu treten und mindestens drei Monate ununterbrochen zu arbeiten. Der Lohn ist mit 65 ₰ pro Stunde bei täglich 9½stündiger Arbeitszeit festgesetzt. Hebt der Geselle vor der festgesetzten Zeit von drei Monaten das Arbeitsverhältniß in eigenmächtiger Weise auf oder beträgt sich derselbe derartig, daß seine Entlassung erfolgen muß, so ist er verpflichtet, die Reisekosten und Spesen zurückzuerstatten. Die hinterlegten Papiere verbleiben in Verwahrsam der Innung." — Ein solcher Kontrakt, ausgestellt unterm 18. Juni in Bielefeld von F. O. Lindner als bevollmächtigten Meister und sechs angeworbenen Maurern, ist uns heute zu Gesicht gekommen. Einen Maurermeister Namens F. O. Lindner giebt es nicht, wohl aber einen diesen Namen führenden Architekten. Der Geschäftsführer von Herrn F. O. Lindner hat aber am 17. Juni die Forderungen der Gesellen bewilligt. Was liegt hier nun vor? Von zwei Möglichkeiten nur eine: entweder sollen die Meister düpirt werden oder die Gesellen. Oder sollte noch eine dritte Möglichkeit vorhanden sein, daß ein Agent mit dem Namen des Architekten Mißbrauch getrieben hat? — Eine ebenfalls nicht schöne Handlungsweise haben mehrere Innungshelden in den letzten Tagen begangen. Die Herren empfahlen den die Bewilligung beabsichtigenden Meistern dann lieber Akkordmaurern die neuen Bedingungen zu bewilligen als Zentralverbändlern, damit deren Kasse nicht gestärkt werde. In einigen Fällen hatte die Aufforderung Erfolg, in anderen nicht.

Im Ausstand befanden sich am Schluß der vorigen Woche noch 438 Kollegen, davon sind 348 verheirathet. Die Zahl der Ausständigen wird mit jedem Tage geringer, während die Zahl der zu den neuen Bedingungen Arbeitenden sich dem entsprechend erhöht. Die Entwickelung des Ausstandes in den übrigen baugewerblichen Berufen vollzieht sich in gleicher Weise, so daß schon jetzt mit einiger Sicherheit das nahe Ende des für die Arbeiter glücklich verlaufenen Ausstandes vorauszusagen ist. **Der Zuzug aller baugewerblichen Arbeiter ist nach wie vor strengstens fernzuhalten.**

Wegen Lohndifferenzen ist über den Unternehmer **Lechband** in **Krempe** die Sperre verhängt.

Die Unternehmer in **Neumünster** haben sich auf schriftliche Anregung der Streikleitung zu Unterhandlungen bereit erklärt, doch knüpfen sie in ihrem Antwortschreiben vom 19. d. M. daran die Bedingung, daß die Unterhandlungen **nicht vor dem 25.** d. M. stattfinden. Ob die Herren „Baumeister" hoffen, bis dahin soviel „Arbeitswillige" gefunden zu haben, daß sie die Streikenden mit einem protzenhaften „Nein" abweisen können, entzieht sich natürlich unserer Kenntniß, aber eine Schelmerei scheint dahinter zu sein. Hoffentlich sind die Unternehmer verständig genug, des Sprichwortes eingedenk zu sein: „Friede ernährt, Unfriede zerstört", so daß sie den Gesellen entgegenkommen und sich mit diesen auf eine „mittlere Linie" einigen, sonst werden sie den Frieden sobald nicht bekommen.

Der Streik in **Neustadt i. H.** ist in der vorigen Woche aufgehoben worden. Die Gesellen haben sich mit den Unternehmern dahin geeinigt, daß vom 1. Januar 1903 ein Stundenlohn von 38 ₰, bisher 35 ₰, in Kraft tritt.

Die Baugewerken-Innung von **Braunschweig** hat sich endlich herbeigelassen, nach vierwöchigem Kampfe, folgendes Monstrum von Arbeitsordnung den betheiligten Kreisen zur Annahme zu unterbreiten:

„1. Diese Bestimmungen haben Gültigkeit für alle Maurer, Zimmerleute und Dachdecker der Stadt Braunschweig und der nächsten Umgebung bis auf 7 km Entfernung. Außerhalb des eigentlichen Gebietes der Stadt bleiben die Bedingungen für Bauarbeitsleute der jedesmaligen Abrede mit den Unternehmern bei Antritt der Arbeit vorbehalten. 2. Vorbedingung für die Verhandlungen ist die Aufnahme der Arbeiten zu den Bedingungen mit 50 ₰ Stundenlohn bis zum 1. April 1904. 3. Vom 1. April 1904 bis 1. April 1906 werden an Maurer, Dachdecker und Zimmerleute für die Stunde 50 bis 52 ₰, erwachsene Lastträger auf Bauten 40 bis 45 ₰ und erwachsene Erdarbeiter sowie sonstige erwachsene Arbeitsleute 33 bis 38 ₰ gezahlt. 4. Vom 1. April 1906 ab beträgt die Arbeitszeit neun Stunden. 5. Der freien Vereinbarung unterliegen: die Löhne für Junggesellen bis zum 20. Jahre und die Löhne der schwachen, altersschwachen und invaliden Gesellen und Bauarbeitsleute, auch solcher, die bereits eine Rente beziehen. 6. Die Hälfte der beschäftigten Gesellen jeder Werkstätte beziehungsweise jeden Geschäfts erhält den jeweiligen Höchstlohn. Wegen der Befolgung dieser Vorschrift steht dem Ladenmeister die Einforderung eines Lohnverzeichnisses beziehungsweise die Einsicht des Lohnbuches zu. 7. Für Ueberstundenarbeit sind 5 ₰, für Sonntagsarbeit 10 ₰ und für Nachtarbeiten 15 ₰ Aufschlag für die Stunde zu bezahlen; eine um Mitternacht zu gewährende Freistunde wird voll mitbezahlt. Für Putzarbeiten der Maurer wird kein Aufschlag gewährt. Die Vermauerung von 500 bis 750 Barnsteinen gilt als Durchschnittsleistung eines Maurers (in der Kolonne), der den Höchstlohn beansprucht. Bei Anordnung von Sonntagsarbeiten sind die gesetzlichen Bestimmungen maßgebend. Hinsichtlich der weiter vorgeschlagenen Regelung des Arbeitsverhältnisses ist zu erwähnen, daß die Bestimmungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches betr. Beerdigungen, Zeugenvernehmungen usw. ausgeschlossen sein sollen. Jedes Mitglied der Innung soll in seinem Geschäftszimmer bezw. in der Wohnung einen Verbandskasten unterhalten, ebenso auf größeren Um- und Neubauten. Die Arbeitnehmer sollen verpflichtet sein, alle ihnen nach ihrem Berufe zu übertragenden Arbeiten sachgemäß auszuführen und nach Kräften zu fördern. Die Arbeitnehmer sind ferner zur Befolgung der Unfallverhaltungsvorschriften der Hannoverschen Bau-Berufsgenossenschaft verpflichtet. Jedem Gesellen und Arbeiter wird völlige persönliche Freiheit zugesichert, es darf kein Zwang zum Eintritt in eine Gewerkschaft ausgeübt werden. So lange die Tarifgemeinschaft besteht, sind Aussperrungen einzelner Gesellen und Arbeiter sowie auch die Sperrungen einzelner Geschäfte und Bauten verboten. Für die Innehaltung des Vertrages legen die betheiligten Gewerkschaften und die Baugewerken-Innung je M. 10 000 bei einer öffentlichen Anstalt nieder. Von dieser Summe sind je nach dem Schiedsspruche (Innungsschiedsgericht), das den Vertreter der Gewerkschaft als Auskunftsperson hört, die entsprechenden Entschädigungen zu zahlen und durch die Verpflichteten wieder zu ersetzen. Die Abhebung der hinterlegten Gelder ist während der Tarifgemeinschaft nicht erlaubt."

Am Sonnabend, 21. d. M., hat nun eine Sitzung des Ausschusses mit dem Gesellenausschuß stattgefunden, um über diese kuriose Tarifgemeinschaft zu berathen. Von den Vertretern der Gesellenschaft wurden die Vorschläge der Innung als unannehmbar bezeichnet. Man einigte sich schließlich, daß die Gesellenschaft ebenfalls einen Tarifentwurf ausarbeitet und dann die Verhandlungen weiter geführt werden. Im Ausstand befinden sich noch 439 Maurer, 182 Bauarbeiter und 166 Zimmerer. Die Haltung der Ausständigen ist eine vorzügliche, obgleich die Polizei Alles thut, um die Stimmung zu verderben.

Der seit acht Wochen anhaltende Streik in **Schönebeck-Salze** ist am 19. d. M. durch Beschluß einer Versammlung bis auf Weiteres vertagt worden. In der Diskussion wurde besonders betont, daß bei den Unternehmern, die den Lohn von 40 ₰ nicht zahlen wollen, vor dem Streik einschließlich der Lehrlinge 170 Maurer arbeiteten, jetzt aber schon mit den Lehrlingen 180 Maurer, von denen allerdings der größte Theil Italiener sind. Es gelangte sodann folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung beschließt, den Kampf unter den jetzigen Verhältnissen vorläufig aufzugeben, dafür aber mit aller Energie die Stärkung der Organisation herbeizuführen, um im geeigneten Zeitpunkte den Kampf, falls die Unternehmer sich weiter ablehnend gegen die Wünsche der Arbeiter verhalten sollten, wieder aufzunehmen."

Auf Grund dieses Beschlusses meldeten sich die Streikenden am Donnerstag Morgen bei den Unternehmern, um die Arbeit aufzunehmen. Den Herren scheint jedoch der Kamm geschwollen zu sein. Die Streikkommission soll nicht wieder eingestellt werden, sie hätten übrigens Maurer genug und Fassadenputzer könnten sie von Magdeburg so viel bekommen, wie sie nur haben wollten. Wenn sich die Herren nur nicht irren! Wir möchten sämmtliche Putzer darauf hinweisen, wenn ihnen Schönebecker Unternehmer Putzangebote machen, sich erst beim Gauvorstand der Maurer nach den Verhältnissen zu erkundigen. So lange die Schönebeck-Salzer nicht alle zum Stundenlohn von 40 ₰ in Arbeit stehen, erwarten wir von jedem Arbeiter, daß er etwaige Arbeitsangebote seitens der Unternehmer ablehnen wird.

In **Neuendorf-Nowawes** ist es dem Unternehmer Menzel gelungen, mit neun Italienern und zwei hiesigen Auchkollegen seine zwei Bauten in Neubabelsberg zu besetzen, während ein Neubau durch einen anderen Unternehmer fertiggestellt wird, indem der Bauherr zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß an den obwaltenden Differenzen die Unternehmer schuld sind. An dem Bau Selinger (Unternehmer Gebr. Bolle-Potsdam) haben zwei Teltower Putzer die Arbeit aufgenommen, trotzdem sie von der Lohnkommission in Nowawes darauf aufmerksam gemacht wurden, daß der Bau noch gesperrt sei und vier Kollegen aus Nowawes, die mit den Ersteren zusammen putzen sollten, auf diesen Bescheid hin die Aufnahme der Arbeit verweigerten. Die Sperre über die Bauten der Unternehmer Menzel, Bolle und Mangelsdorf besteht fort.

Am Donnerstag, den 19. d. M., haben die bei dem Unternehmer **Bäskow** in **Freienwalde** beschäftigten Maurer wegen schlechter Behandlung und übergroßer Treiberei die Arbeit eingestellt. Ein Versuch der Lohnkommission, die Differenzen glücklich zu schlichten, hatte keinen Erfolg.

Die Kollegen in **Guben** haben in einer am 20. d. M. stattgefundenen öffentlichen Versammlung beschlossen, am 23. d. M. die Kündigung einzureichen. Grund zu dieser Maßnahme ist das ablehnende Verhalten der Unternehmer zu der von den Gesellen geforderten Lohnerhöhung.

Aus **Schneidemühl** wird uns berichtet: Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein dürfte, waren die Kollegen seit Abschluß des Arbeitsvertrages zweimal gezwungen, beim Obermeister Meyer wegen Lohnreduktion die Arbeit einzustellen, und der Kontraktbrüchige mußte beim zweiten Bürgermeister eine schriftliche Anerkennung der vereinbarter Lohnsätze abgeben. Neuerdings, am 7. Juni, wurde jedoch den Kollegen am Schulneubau das Ansinnen gestellt, das Fugen im Akkord auszuführen und zwar für den außergewöhnlich hohen Lohn von 30 ₰ für das Quadratmeter (Rüsten und das Einmauern von Soolbänken mit eingeschlossen). Die Kollegen wollten aber für diesen Preis nicht arbeiten, insbesondere nicht im Akkord. Die Folge davon war, daß am Abend alle im Bau zur Zeit beschäftigten Maurer — 21 an der Zahl — entlassen wurden. Herr Meyer scheint jedoch über Sonntag Zeit gefunden zu haben, sich sein Vorgehen zu überlegen, er kam in höchst eigener Person auf den Bau und unterhandelte, was sonst nicht seine Art ist, mit den Gehülfen. Daß er dabei etwas handelte, ist ihm ja nicht übel zu nehmen, leider hatte er damit aber keinen Erfolg, die Hartherzigkeit der Maurer war wirklich zu groß — sie wollten auf nichts eingehen. Der Herr Obermeister mußte sich also herablassen, den vereinbarten Lohnsatz zu bewilligen und die den Maurern verloren gegangenen zwei Stunden zu bezahlen. Hierdurch zeigt sich wieder einmal, wie nothwendig es ist, Kommunalbauten in eigener Regie auszuführen, oder den Unternehmern wenigstens einen bestimmten Lohnsatz zu diktiren, um derartige Vorkommnisse zu verhindern.

In **Königsberg i. Pr.** ist die Lohnbewegung in der letzten Woche ihrem Ende ganz bedeutend näher gerückt. In einer am 15. Juni abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, den Stundenlohn für dieses Jahr auf 48 ₰ zu reduziren, mit der Maßgabe, daß die Meister vom nächsten Frühjahr an 50 ₰ zahlen. Die Innungsversammlung, an welcher die Lohnkommission in Gestalt des Gesellenausschusses und Kollege Schwarz als Vertreter des Verbandsvorstandes theilnahmen, hat nach einer längeren Debatte beschlossen, den Lohn für dieses Jahr auf 47 ₰ zu erhöhen und vom 1. April 1903 bis 1. April 1904 50 ₰ Stundenlohn zu zahlen. Von den Gesellen wurde besonders betont, daß es wohl gerecht sei, daß der Lohn für dieses Jahr auf 47½ ₰ erhöht werde, weil der Durchschnittslohn vor dem Streik 45 ₰ betragen habe, somit beide Parteien sich auf dem halben Wege entgegen kämen. Von den Meistern wurde dagegen erklärt, daß der Durchschnittslohn nicht 45 ₰ betragen habe, sondern daß ein Lohn von 42 bis 45 ₰, bei einigen Meistern sogar noch weniger gezahlt worden sei, somit das Angebot von 47 ₰ kein geringes wäre. Dennoch würden sie bereit sein, den Stundenlohn für dieses Jahr auf 48 ₰ zu erhöhen, aber nicht die Verpflichtung übernehmen, für das nächste Jahr 50 ₰ zu zahlen. Sollte aber dieses Angebot von den Gesellen abgelehnt und die Forderung von 50 ₰ für dieses Jahr durch einen Streik zu erzwingen versucht werden, dann würden sie alle Gesellen aussperren. Am 17. Juni erstattete der Gesellenausschuß in einer von 900 Maurern besuchten Versammlung Bericht. Nach einer ziemlich erregten Debatte, welche in die sofortige Proklamirung des Streiks ausströmte, wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen: „Die heutige in der Maurerherberge tagende, von zirka 900 Maurern besuchte Versammlung der Maurer Königsbergs und Umgegend beschließt, den Vorschlag der gesammten Innung für dieses Jahr, und zwar vom Montag, den 23. Juni, bis 31. März 1903 für jeden Maurer die Stunde 47 ₰ und vom 1. April 1903 bis 31. März 1904 50 ₰ zu zahlen, anzunehmen. Die Versammlung beschließt ferner, die jetzt bestehende Lohnkommission zu beauftragen, mit der Innung

bezw. dem Vorstand derselben die einzelnen Forderungen auf dieser Grundlage zu gültigen Arbeitsbedingungen für beide Parteien zu formuliren und dieselben einer später einzuberufenden öffentlichen Maurerversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Des Weiteren beschließt die Versammlung, die bestehenden Bausperren sowie die bis jetzt anerkannten Arbeitsbedingungen so lange aufrecht zu erhalten, bis der Entwurf der Lohnkommission und des Innungsvorstandes beschlossen und von den einzelnen Bauunternehmern unterschrieben ist. Weiter erachten die versammelten Maurer es als ihre unbedingte Pflicht, mit aller Macht für die Durchführung dieser Beschlüsse und für die Ausbreitung und Festigung der Organisation einzutreten." Es sind nun noch zwölf Unternehmer, von welchen einige in der letzten Zeit wenig Arbeit hatten, die sich noch nicht gezwungen fühlen, eine Verständigung mit der Lohnkommission herbeizuführen. Im Streik befinden sich noch 49 Kollegen. Wenn von allen Unternehmern die Vereinbarung inne gehalten wird, werden auch diese Kollegen bald in Arbeit treten können. Nothwendig ist es aber, daß alle Maurer auf dem Posten bleiben, bis der Kampf endgültig erledigt ist. Auch der Zuzug muß bis auf Weiteres ferngehalten werden.

Zu dem Streik in **Posen** ist zu bemerken, daß derselbe für unsere Kollegen günstig steht. Als Streikbrecher sind nur 18 Gesellen zu verzeichnen. Die Forderung haben bis jetzt 24 Baugeschäfte unterzeichnet; bei denselben arbeiten 207 Kollegen. Abgereist sind 382 und im Streik befinden sich noch 566 Kollegen mit 693 Kindern, die unterstützt werden müssen. Die Arbeitseinstellung ist als eine allgemeine zu bezeichnen.

Ueber den Stand des Streiks in **Jena** ist zu berichten, daß bis heute (wann? D. Red.) eine allgemeine Aenderung nicht eingetreten ist. Die Zahl der Arbeitswilligen hat sich leider vermehrt, von zwei italienischen Kolonnen hat eine von zehn Mann angefangen, während die andere wieder abgereist ist; dieser war der Lohn zu gering. Die Polizei, welche anfangs sich passiv verhielt, trat im Laufe der vergangenen Woche sehr energisch auf, indem der zweite Bürgermeister nach dem Lübecker Muster das Streikpostenstehen verboten hat. Das Fernhalten des Zuzuges, der fast bei jedem Zug zu verzeichnen ist, wurde durch das Dazwischentreten der Polizei in manchen Fällen erschwert, ja sogar vereitelt. Ein Meister hat an seine Gesellen geschrieben, er werde deren Stellen nur noch bis zum 14. Juni offen lassen, dann aber durch Andere besetzen. Leider sind auf diese Briefe wohl acht bis zehn Mann abgefallen. Hierdurch ist die Zahl der Arbeitswilligen auf 130 bis 135 gewachsen, während zu neuen Bedingungen 60 Kollegen arbeiten. Ein Unternehmer hat im Laufe der Woche wieder bewilligt; bei demselben hatten jedoch nur zwei Mann aufgehört, die Anderen, fünf an der Zahl, waren stehengeblieben. — Der Gesellenausschuß hat nochmals der Innung seine Vermittelung zur Beilegung des Streiks angeboten; ob derselbe darauf eingehe ist bei der großen Zahl Arbeitswilliger fraglich, trotzdem die Situation, wenn in Betracht gezogen wird, daß 400 Maurer vor dem Streik beschäftigt waren, für die Streikenden nicht ungünstig steht. Das Unternehmerthum hat eben nicht geglaubt, daß die Maurer, welche 1890 einmal drei Tage gestreikt haben und dann wieder zur Arbeit gegangen sind, es diesmal anders machen würden. Halten die Kollegen, welche noch im Kampfe stehen, aus, und gelingt es fernerhin, den weiteren Zuzug fernzuhalten, und bleiben die Abgereisten und auf ihren Dörfern Arbeitenden Jena vorläufig noch fern, so wird der Kampf zu Gunsten der Kollegen zu Ende geführt werden können.

Wie uns bei Redaktionsschluß mitgetheilt wird, ist der Streik für die Kollegen verloren. Nach Aufnahme der letzten Bautenstatistik und Bautenkontrole arbeiteten in der letzten Woche 213 Gesellen und Parliere zu den alten und 65 zu den neuen Bedingungen. Es fehlten, um die frühere Zahl der Maurer zu erreichen, noch 100 Gesellen. Da nun aber während des vierwöchentlichen Streiks ein Theil Arbeit fertiggestellt war, so mußte das Resultat als ein ungünstiges betrachtet werden. Die Streikenden, deren Zahl nur noch 45 betrug, faßten deshalb den Beschluß, den Streik aufzuheben. Hoffentlich ziehen die Jenaer Kollegen die Lehre aus dem Streik, daß es nothwendig ist, soll ein Kampf gewonnen werden, eine feste Organisation zu schaffen.

Die Kollegen in **Stuttgart** sind durch den schnöden Wortbruch der Unternehmer schließlich doch noch in den Streik getrieben worden.

Am 12. April d. J. wurden dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Württemberg, nachstehende Wünsche unterbreitet: 1. Festsetzung eines Mindeststundenlohnes von 50 ₰ für alle im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sich befindenden Maurer. 2. Achttägige Lohnzahlung. 3. Sofortige Auszahlung des Lohnes bei Lösung des Arbeitsverhältnisses. 4. Abschaffung jeglicher Akkordarbeit im Maurergewerbe. 5. Einsetzung einer ständigen zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Kommission zur Ausarbeitung eines korporativen Arbeitsvertrags und zur Schlichtung aller sich aus demselben ergebenden Differenzen. Unterm 17. April antwortete Herr Hauser Namens des Arbeitgeberbundes, daß derselbe keine Veranlassung habe, zur Zeit einer Abänderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen näher zu treten und fügte zum Schluß die spöttische Bemerkung hinzu, daß die Meisterschaft zu Lohnreduktionen wohl berechtigt gewesen wäre. Am 23. April beschlossen die Maurer, das Einigungsamt anzurufen. Bei der Zusammenkunft vor demselben rollten die Vertreter der Unternehmer unter sich die Kompetenzfrage auf: nicht Herr Hauser als Vorsitzender des Arbeitgeberbundes sei die kompetente Stelle, sondern Herr Busch als Vorsitzender des hiesigen Baugewerkevereins. Man denke sich, seit Jahren mußten die Arbeiter sich an den Arbeitgeberbund wenden, wenn sie Wünsche vorbringen wollten. So machten sie es auch diesmal wieder, sie (die Maurer) erhielten Antwort auf ihr Schreiben und acht Tage nachher fällt es dem Herrn Hauser ein, daß er garnicht kompetent ist. Schließlich lehnten die Herren das Einigungsamt ab und gaben im Privatgespräch noch das Versprechen, die ganze Frage noch einmal innerhalb des Baugewerkevereins zu behandeln. Das ist denn auch geschehen und das Resultat, das den Arbeitern unterm 5. Mai mitgetheilt wurde, zeigte, daß die Allgemeinheit der Meister vernünftiger war, als ihr Vorstand. In drei von den fünf aufgestellten Punkten wurden bereits annehmbare Zugeständnisse gemacht. Es folgte dann die Verhandlung am 6. Mai unter Vorsitz des Herrn Gewerberichters Dr. Sigel, in welcher die bekannte Einigung erfolgte. Am gleichen Abend fand die Versammlung der Maurer statt, die mit 411 gegen 801 Stimmen die Abmachungen annahm.

Dieses Abstimmungsresultat ist (wie aus einer Aeußerung des Herrn Hauser hervorgeht, der da meinte: 400 wollen überhaupt nicht streiken und die 300 schmeißen wir 'naus') von den Unternehmern ganz falsch verstanden worden. Es schwoll denselben der Kamm dermaßen, daß sie glaubten, auf alle mögliche Weise sich ihren eingegangenen Verpflichtungen entziehen zu können. Zunächst haben dann die Vertreter der Meister in ihrer Versammlung verschwiegen, daß sie einen Mindestlohn bewilligt hatten. Wenn auch das Wort nicht gebraucht war — in der vereinbarten Fassung „von 38 ₰ an", „von 43 ₰ an", waren diese Sätze als Mindestlohnsätze zu betrachten. In einem Artikel des Stuttgarter „Beobachter" wurden diese Sätze von einem als „arbeiterfreundlich" bezeichneten Unternehmer (vermuthlich von Herrn Busch) allerdings als „Höchstlohne" bezeichnet. Die Vertreter der Maurer hatten ihren Kollegen richtig berichtet. Selbstverständlich ist nun, daß diese zweierlei Berichterstattung am kommenden Zahltag zu Differenzen führen mußte. Dazu trug auch noch ein anderer Umstand wesentlich bei. Der Satz „von 43 ₰ an" soll tüchtigen Maurern gezahlt werden. Es hat sich herausgestellt, daß die Meistervertreter berichtet hatten, für die Eintheilung der Maurer in die betreffende Lohnklasse sei nur der Meister zuständig, während bei der Einigung bestimmt war, daß in solchen Streitfällen die gemeinsame Kommission zu entscheiden habe.

So kam es denn, daß am 16. Mai zahlreiche Differenzen auf den einzelnen Plätzen entstanden; mehrere davon konnten durch das Eingreifen der Arbeitsvertreter sofort beigelegt werden. Anstatt nun auch ihrerseits dazu beizutragen, daß Alles auf friedlichem Wege geregelt werde, richteten die Unternehmervertreter an die Verbandsleitung der Maurer das unerhörte Verlangen, in der „Tagwacht" eine Berichtigung zu bringen, die dahin gehen sollte, daß die — Arbeitervertreter falsch berichtet hätten. Die Gesellen theilten den Meistern hierauf mit, daß hier wohl eine Verwechselung der beiden Parteien in Bezug auf falsche Berichterstattung vorliege, und verlangten zur Aufklärung eine weitere Sitzung unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Sigel. In dieser Sitzung, die am 21. Mai d. J. stattfand, versuchten nun zunächst die Vertreter der Meister, ihre falsche Auffassung der Vereinbarungen den Arbeitern aufzudrängen. Zum guten Glück war aber Herr Dr. Sigel noch in der Lage, den Herren Meistern auf Grund der Originalnotizen nachweisen zu können, daß die Berichterstattung der Unternehmervertreter falsch war. Die Arbeitnehmer aber suchten trotzdem einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen. Sie schlugen vor, die Abmachungen gegenseitig zu unterschreiben und in den hiesigen Blättern zu veröffentlichen, damit die gewollten aber nichtgewollten „Mißverständnisse" aufhören. Aber auch dieser vernünftige Vorschlag fand kein Gehör. Die Unternehmer waren offenbar mit dem Vorsatz erschienen, die Vereinbarungen **unter allen Umständen** rückgängig zu machen. Sie vollführten deshalb einen Radau, um die Arbeiter zu Beleidigungen oder gar etwas Schlimmerem zu reizen, und als dies seine Wirkung auf die Arbeiter verfehlte, mußten sie mit der nackten Thatsache herausrücken: **Wir anerkennen die Vereinbarungen nicht mehr, sie sind null und nichtig.**

Die Arbeiter boten trotz alledem noch einmal die Hand zum Frieden durch eine Anfrage vom 11. Juni, ob die Unternehmer bereit seien, die Vereinbarungen aufrecht zu erhalten. Ein prägnantes „Nein!" war wieder die Antwort. So blieb den Arbeitern nichts Anderes übrig, als zum letzten Mittel, zum Streik, zu greifen. Die Unternehmer haben sich allerdings gründlich verrechnet, ihre Spekulation auf die ländlichen Maurer hat vollständig fehlgeschlagen, auch die Italiener haben den Streikbrecherdienst versagt.

Der Ausstand, der am 14. d. M. erfolgte, ist ein vollständiger geworden. Im Laufe der vorigen Woche haben auch die seither noch am Intermisstheater arbeitenden Maurer die Arbeit eingestellt. Ebenso die Akkordanten von Möhringen bei Umgelter in Heslach. Unter Hinweis auf diesen Umstand hat die Streikleitung an die wenigen noch arbeitenden Maurer (zirka 30 Mann, lauter Deutsche) noch einmal durch ein Zirkular die Aufforderung gerichtet, sich den Streikenden anzuschließen. Derselben ist in mehreren Fällen auch schon entsprochen worden, so daß die Zahl der Streikbrecher immer mehr abnimmt. Die Unternehmer und ihre Bauführer sind überall bemüht, Arbeitskräfte von außen heranzuziehen, blitzen aber durchweg gründlich ab. Der Zuzug ist denn auch kein nennenswerther. Es ist auch gelungen, die unter Vorspiegelung falscher Thatsachen nach Stuttgart gelockten Kollegen wieder zur Abreise zu bewegen. Die Zahl der Streikenden, soweit sie sich der Streikleitung unterziehen, hat sich auf 1218 erhöht, wovon 228 auswärts in Arbeit getreten sind.

Der Kampf steht nach alledem für die Arbeiter äußerst günstig, die Stimmung der Kollegen, namentlich auch auf dem Lande, speziell auf den Fildern ist eine vorzügliche, und es ist schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen, daß der Streik kein vergeblicher sein wird, sondern daß die Unternehmer, die den Kampf heraufbeschworen haben, in Bälde gezwungen sein werden, die bescheidenen Forderungen der Arbeiter vom 11. April d. J. anzuerkennen.

Ein Theil der Unternehmer, dem der Streik bereits böse Wunden schlägt, sucht in der Oeffentlichkeit seine Verlegenheit dadurch zu verbergen, daß er erklärt, vier Wochen in's Bad gehen zu wollen. Ein anderer Theil redet der Aussperrung der gesammten Bauarbeiterschaft das Wort. Alle diese Redereien sind aber durchaus nicht ernst zu nehmen; die Unternehmer würden ja zweifellos gerne eine kleine Badekur durchmachen, wenn der Bankier auch Ja dazu sagte. Aber in der Regel ist dieser nur dann zu sprechen, wenn die fleißigen Hände der Arbeiter den Bau um so und so viel gefördert haben.

Die Maurer sehen deshalb dem Verlauf des ihnen aufgedrungenen Kampfes mit großer Hoffnung entgegen, sie haben jetzt gelernt, daß Einigkeit zum Ziele führt.

Am 13. Juni hielten die Bauunternehmer in **Koblenz** eine Versammlung ab zwecks Beilegung des Streiks. Es ist da stürmisch hergegangen, denn Niemand wollte den Vertrag unterschreiben, daß die streikenden Maurer, wenn sie bis zum 19. Juni die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten, vier Wochen länger ausgesperrt würden. Die Herren gingen resultatlos auseinander und blieben nur der jetzige Obermeister Göbel und der frühere Obermeister Becker sitzen. Herr Göbel kann gut zu längerer Aussperrung schreiten, denn er beschäftigt seine Moseler Onkel und Vettern, meist nahestehende Leute, was bei Anderen weniger zutrifft. Die Koblenzer Tagespresse leistet den Unternehmern treffliche Dienste, sie kann es nicht fassen, daß die Maurer zum Streik kamen, und die Unternehmer hoffen noch immer, daß die Gesellen bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Ohne Einigung dürfte der Streik noch längere Zeit dauern; jedoch wird es wohl noch in dieser Woche zur Einigung kommen.

Aus **Koblenz** wird uns ferner geschrieben:

„Trotzdem durch Entscheidung des Reichsgerichts über die „Lübecker Senatsverordnung", betreffend die Streikposten, dahin entschieden worden, daß Landesgesetze, Provinzialverordnungen, Polizeiverordnungen usw., die in ihrer Tendenz mit dem Reichsgesetz im Widerspruch stehen, keine Rechtsgültigkeit besitzen, wird immer wieder versucht, diese Entscheidung zu durchbrechen. Das tritt besonders dort hervor, wo die Arbeiterbewegung eine neue, unbekannte Erscheinung ist und dieselbe vom Standpunkt des verzopften Spießbürgers als eine Art Rebellion, die gegen Sitte und Ordnung verstößt und mit Polizeigewalt niedergehalten werden muß, angesehen wird. Daß in dieser Hinsicht Koblenz nicht zu den fortgeschrittenen Orten gehört, wo moderner Zeitgeist zur Vernunft mahnt, sondern im Gegentheil als klerikale Hochburg ziemlich rückständig geblieben ist, dürfte bekannt sein. Das mittelalterliche, unumschränkte Recht des Unternehmers über seine Arbeiter spukt fast ausschließlich in den Köpfen und es ist nichts als Phrase, wenn theoretisch im Gesetz den Arbeitern das gleiche Recht zuerkannt wird, während in der Praxis das absolute Recht der Unternehmer Trumph ist. Das theoretische und praktische Koalitionsrecht der Arbeiter ist leider in Deutschland immer noch zweierlei, und dieser klaffende Gegensatz kommt am schärfsten dort zum Ausdruck, wo die Rückständigkeit am stärksten ist. Zu diesen Orten gehört auch Koblenz.

Die erstarkende Arbeiterbewegung im vorigen Jahre in Koblenz hatte der Behörde und Polizei die größten Kopfschmerzen bereitet. Vielleicht weniger, um die Interessen der Unternehmer zu wahren, als das absolute bevörderliche und polizeiliche Regiment weiter zu führen, dem Bureaukratismus den Glorienschein der Allmacht zu erhalten. Deswegen wurden mit der größten Rücksichtslosigkeit den Arbeitern von der Polizei alle Lokale abgetrieben; den Lokalinhabern wurden alle nur denkbaren Schwierigkeiten gemacht, wenn gütliches Zureden fruchtlos blieb, und selbst vor den drakonischesten Maßregeln wurde nicht zurückgeschreckt. — Nal will man einen Köter werfen, findet man einen Stein — Protokolle, Militärverbote und dergleichen mehr, waren an der Tagesordnung.

Aber alle diese Chikanen nützten nichts! Die Bewegung wurde immer umfangreicher, bis in diesem Frühjahre die (wohl nach Ansicht der Koblenzer Polizei, die im Einverständniß mit dem Gemeindevorstand handelte), in Gefahr gerathene Ruhe und Ordnung durch eine besondere Polizeiverordnung wieder hergestellt werden mußte. Anstatt die Arbeiterbewegung als das Produkt der sich aus den ökonomischen Verhältnissen ergebenden Gegensätze und Mißstände zu betrachten und durch vernunftgemäßes und zweckmäßiges Handeln eine Aenderung in vortheilhaftem Sinne zu schaffen, wird nach dem Puttkamer'schen Rezept verfahren: „Hinter jeder Arbeiterbewegung lauert die Hydra der Revolution!" Wohl nach diesem Grundsatz wurde am 22. April d. J. von der Koblenzer Polizeibehörde folgende Verordnung erlassen:

Polizeiverordnung,
betreffend Erhaltung der Ruhe auf öffentlichen Straßen.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung wird für den Umfang der Stadt Koblenz mit Zustimmung des Gemeindevorstandes nachstehende Polizeiverordnung erlassen.

§ 1. Den zur Erhaltung der Sicherheit, Reinlichkeit, Ordnung und Ruhe auf öffentlichen Straßen und Plätzen ergehenden Anordnungen der Polizeibeamten ist unweigerlich Folge zu leisten.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmung bezw. deren Nichtbeachtung werden, insoweit nicht durch die allgemeinen Strafgesetze ein anderes Strafmaß festgesetzt ist, mit Geldstrafe bis zu ℳ 30, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Koblenz, den 22. April 1902.

Der Polizeidirektor. von Stedmann.

Obige Verordnung sieht ihrem Wortlaut nach garnicht einmal so gefährlich aus, aber ihre praktische Anwendung während des Streiks haben Manchem die Augen geöffnet. In der ersten Woche blieb die Polizei ziemlich neutral, aber schon in der zweiten änderte sich die Situation vollständig. Den Streikenden wurde auf Grund der Verordnung das Streikpostenstehen überall verboten; es wurde verboten, mit anderen Personen zu reden; Einzelnen jeder Aufenthalt in der Neustadt verboten; kurz: der reinen Willkür Thür und Thor geöffnet! Daß gegen Unternehmer die Verordnung nicht zur Anwendung kommt, versteht sich am Rande; uns ist wenigstens kein solcher Fall zur Kenntniß gelangt. Die einseitige Anwendung der Verordnung muß natürlich empörend wirken auf Diejenigen, die zunächst davon betroffen werden. Sie wirkt aber auch verletzend auf das Rechtsgefühl.

Es wäre hier noch die Frage aufzuwerfen: „Warum diese verschärften Maßnahmen gegen die Streikenden in der zweiten Woche? War durch die Streikenden die Ruhe und Ordnung gefährdet?" Im Gegentheil! Die Streikenden haben musterhafte Disziplin und Ordnung gezeigt! Allerdings, die Streikenden haben durch Aufklärung die Zugereisten in der ersten Woche sämmtlich zur Weiterreise bewegen können. Scheinbar hat durch die schärferen Maßnahmen in der zweiten Woche dies verhindert werden sollen. Denn während den Streikenden der Aufenthalt am Bahnhof verboten wurde, konferirten die Unternehmer vertraulich mit den Beamten.

Durch die erlassene Polizeiverordnung kann den Koblenzer Arbeitern das Koalitionsrecht jederzeit illusorisch gemacht werden, ohne daß nur entfernt die Ordnung und Ruhe gefährdet gewesen wäre. Wir möchten behaupten, daß gerade durch die einseitige schroffe Anwendung der Verordnung durch die Polizei die Ordnung und Ruhe gefährdet wird. Es wäre gleichbedeutend, wenn es in der Verordnung einfach hieße: Den Arbeitern — in diesem Fall den

Maurern und Zimmerern — in Koblenz wird während des Streiks das Koalitionsrecht genommen.

Die Streikenden haben entschieden hiergegen protestirt. Die Folgen waren eine Anzahl Verhaftungen und Strafprotokolle. Gerichtliche Entscheidung ist beantragt, und nun wird es sich zeigen, ob die Polizeiverordnung in Koblenz vom 22. April 1902 im Streik zu Recht zur Anwendung gelangt oder nicht."

In **Dortmund** wird es wahrscheinlich ebenfalls zum Streik kommen. Bei dem Unternehmer Nauenburg haben bereits 42 Maurer wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt.

In **Bielefeld** haben die Kollegen an die Unternehmer die Forderung gerichtet, den Lohn vom 1. Juli ab auf 46 ₰ pro Stunde zu erhöhen; vom 1. April 1903 ab soll derselbe 48 ₰ betragen. Wahrscheinlich werden die Kollegen beim Erscheinen dieses Blattes sich schon im Streik befinden.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Die Zahlstelle **Besse** hielt am 13. Juni ihre regelmäßige Versammlung im Lokal „Zum Bilstein" ab, welche sehr gut besucht war. Kollege Becker machte die Anwesenden darauf aufmerksam, daß es dringend nothwendig sei, die Beiträge durch den „Grundstein"verbreiter mit erheben zu lassen, was von der Versammlung als richtig anerkannt wurde. Hierauf wurden zwei Kolporteure gewählt, welche für das Einkassiren 2 pZt. Vergütung erhalten. Dann fand eine lebhafte Debatte statt über zwei Kollegen, welche dem Verbande ferngeblieben und ungebührliche Redensarten gegen denselben ausgestoßen haben sollen. Es wurde beschlossen, die Beschuldigten zur nächsten Vorstandssitzung einzuladen. Nach einer Aufforderung, auf den „Wegweiser" zu abonniren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Zweigverein **Briesen** bei Brand hielt am 8. Juni seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche normal besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde das Mitglied Voigt mit großer Majorität ausgeschlossen, weil es trotz zweimaliger Aufforderung nicht erschienen war, um sich wegen seiner Handlungsweise zu verantworten. Das diesjährige Stiftungsfest soll am 13. Juli abgehalten werden. Die Kollegen Hermann König, Fritz Herzog und August Pöschla wurden in's Vergnügungscomité gewählt. Dann wurde gerügt, daß mehrere Unternehmer den vereinbarten Lohn nicht zahlen. Die Schuld liegt jedoch an den Kollegen und ihrer Theilnahmlosigkeit der Organisation gegenüber. Zum Schluß wurden die Oberiner Kollegen ermahnt, ihren Verpflichtungen prompter nachzukommen.

Am 8. d. M. fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung im „Tivoli" zu **Bromberg** statt. Kollege Krause referirte über das Thema: „Unser Arbeitsverhältniß am Orte". Redner führte aus, wie nach der schlechten Konjunktur der Vorjahre die Arbeitsgelegenheit in Bromberg sich gebessert habe. Diesen Umstand benutzten die Arbeitgeber und zögen durch Annoncen viele auswärtige Maurer nach hier. Hierdurch würden viele Bromberger Kollegen überflüssig und somit arbeitslos und müßten Arbeit auswärts suchen. Die Arbeitgeber spielten somit gegen die Bromberger Organisation einen doppelten Trumpf aus, indem sie die „lässigen" organisirten Kollegen sich vom Halse schaffen. Nachdem sich in der Diskussion noch mehrere Kollegen dem Redner angeschlossen hatten, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige im „Tivoli" tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Maurer Brombergs zieht in Erwägung, daß durch die hohe Konjunktur im Frühjahr bedeutende Arbeitskräfte herangezogen worden, jetzt aber die Bauthätigkeit bedeutend nachläßt und die Bromberger Maurer und Steuerzahler wieder arbeitslos sind. Die Versammlung richtet daher einen Appell an die Behörde, geeignete Schritte zu unternehmen, um der drohenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen." Es wurde eine Kommission gewählt, um vorstehende Resolution bei geeigneter Stelle anzubringen. In „Verschiedenes" wurde darauf hingewiesen, daß in einem Baugeschäft nicht die tarifmäßigen Löhne gezahlt werden. Die Lohnkommission wurde beauftragt, mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes und dem betreffenden Inhaber des Baugeschäfts über die Klagen Rücksprache zu nehmen. Im Anschluß hieran wurde auf den 10. Juni nochmals eine Versammlung einberufen, in welcher Kollege Schwarz-Danzig und der Vertreter des Arbeitgeberbundes, Herr Zimmermeister Berndt, anwesend waren. In dieser Versammlung konnte jedoch kein klarer Beweis für die oben aufgestellten Behauptungen eingebracht werden; die Lohnkommission wurde daher beauftragt, die nöthigen Nachforschungen einzuleiten, eine genaue Kontrole der einzelnen Bauten vorzunehmen und das Resultat alsdann den Mitgliedern zur Kenntnißnahme vorzulegen. — Am 12. und 13. Juni fand die beschlossene Bautenkontrole zwecks Feststellung der augenblicklichen Konjunktur statt. Es wurden an Bauten gezählt: Nichtfertig 1, mauerfertig 22, vollendet 18, Empore 2, mauerfertige unbesetzte Bauten 6, Unternehmer selbst 1, Parterres 4, Umbauten 2, Fliesenlegen 1, Kellergeschoß 1, erste Etage 1, Abbruch 1, Akkord 1, Montage 8, zusammen 78. Es waren beschäftigt: Parliere 29 (davon vom Parlierverband 20 und vom Zentralverband 9), Kollegen als Unternehmer 3, Unternehmer 1, organisirte Bromberger Kollegen 296, unorganisirte 6, zugereiste organisirte Kollegen 12, Akkord vom Bauherrn 1, Lehrlinge 77, Arbeiter 224, Akkordfuger 4, arbeitslos 13, abgereist 6, zusammen 672. Von den Maurern arbeiteten in Akkord 64, in Stundenlohn 8 zu 45 ₰, 5 zu 44 ₰, 8 zu 43 ₰, 253 zu 42 ₰, 1 Invalide zu 39 ₰, 1 Junggeselle zu 38 ₰, 4 Junggesellen zu 35 ₰, 1 Junggeselle zu 32 ₰, 1 zu 30 ₰, zusammen 346. Zu der Zählung ist zu berichten, daß dieselbe auf das Allergenaueste gemacht wurde bis auf etliche Kollegen, die schon früher den Staub Brombergs von den Pantinen geschüttelt hatten. Die Statistik beweist, daß die meisten Bauten wohl binnen zwei Wochen abschließen. Neubauten sind keine vorhanden, und betrachten wir die 77 Lehrlinge, die doch beschäftigt werden müssen, so wird wohl bald noch mancher Bromberger Kollege zum Wanderstab zu greifen gezwungen werden. Und da wird bürgerlicherseits noch nicht an die drohende Arbeitslosigkeit geglaubt! Auch die Lehrlingsfrage sei hier erwähnt. Die Herren von der Innung und deren Parliere können den Johannistag nicht verschmerzen und planen einen solchen für dieses Jahr. Aber wie reimt sich das zusammen? Auf einem Bau waren 2 Parliere, 3 Gesellen und 7 Lehrlinge, auf einem zweiten 1 Parlier, 1 Geselle und 5 Lehrlinge, auf einem dritten 1 Parlier, 18 Gesellen und 10 Lehrlinge, auf einem vierten 1 Parlier, 5 Gesellen und 5 Lehrlinge usw. Können die Lehrlinge bei so wenig Besetzung von Gesellen tüchtige Maurer werden? Die Hauptsache ist eben: das Lehrgeld des Lehrherrn und das Zehrgeld der Innungsträger (Parliere) am Klimbimtage Johanni.

In der am 13. Juni in **Bremen** stattgefundenen Mitgliederversammlung referirte Genosse Henke über „Die Bedeutung von Konsumgenossenschaften." Die Ausführungen des Redners fanden allseitige Anerkennung. Sodann berichtete der Vorsitzende über die Verhandlungen des Gesellenausschusses mit der Innung. Die Unternehmer haben versprochen, dort, wo bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit Mißstände bestehen, denselben abzuhelfen, widrigenfalls, wie anerkannt wurde, über die betreffenden Bauten berechtigterweise die Sperre verhängt werden könne. Auch sprach der Vorsitzende seine Befriedigung darüber aus, daß die Innung aufgegeben habe, nur mit dem Gesellenausschuß zu verhandeln, indem sie auch den Vorsitzenden des Zweigvereins zur Verhandlung zugezogen habe. Sodann gab der Vorsitzende folgende Statistik für die Monate März und April bekannt:

Monat	Zahl der Mitglieder	Befragt	Anzahl der Befragten, welche nicht gefeiert haben	Zahl der Befragten, welche gefeiert haben	Ursachen der Arbeitslosigkeit: a) Arbeitsmangel, Personen	a) Arbeitsmangel, Tage	b) Ungünst. Witterung, Personen	b) Ungünst. Witterung, Tage	c) Krankheit, Personen	c) Krankheit, Tage	Nach dem Alter: Unter 20 Jahren	20 bis 30 Jahre	30 bis 40 Jahre	40 bis 50 Jahre	50 bis 60 Jahre	60 bis 70 Jahre	Ueber 70 J.	Summa der Arbeitslosentage	Gesammt-Lohnausfall in Mark	Zahl der Ledigen, Verheiratheten und Kinder: Ledig	Verh.	Kinder	Zahl der Arbeitgeber, bei welchen Kollegen beschäftigt waren
März	1150	609	242	367	206	2960¾	185	1125½	47	547¾	25	343	85	70	74	11	1	4684	27023,60	280	397	694	210
April	1260	932	490	442	225	1793	225	501	49	443	54	484	192	102	82	16	2	2787	14779,80	347	585	1122	198

In **Dortmund** fand am 12. Juni eine von über 700 Maurern besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Kahl im Auftrage der Lohnkommission Bericht erstattete. Nach der Statistik, welche in den letzten Tagen aufgenommen wurde, stellte er fest, daß 985 Kollegen am Orte beschäftigt sind, welche einen Durchschnittslohn von 42½ ₰ erhalten. Bei den Innungsmeistern arbeiten 690 Kollegen auf 118 Bauten, bei den nicht organisirten Unternehmern 295 Kollegen auf 47 Bauten. Im Stundenlohn arbeiten 945 Kollegen, davon haben Kündigung 191; in Akkord arbeiten 40, davon haben Kündigung 10. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 10½ Stunden, jedoch wird bei einigen Unternehmern 11 und noch mehr Stunden gearbeitet. In Angriff sind 160 Neubauten und 14 Umbauten, in kurzer Zeit angefangen werden 35 Neubauten. Aus der Statistik geht hervor, daß der Lohn bedeutend gegen das Vorjahr gesunken ist und dieserhalb die Forderung: zehnstündige Arbeitszeit bei 50 ₰ Lohn pro Stunde, an die Unternehmer gestellt wurde, um weiteren Lohnreduzirungen entgegenzutreten. In einem Schreiben des Vorsitzenden der Innung an den Vorsitzenden der Lohnkommission erklärte Ersterer, mit der Lohnkommission nicht verhandeln zu können, sondern lediglich mit dem Gesellenausschuß. Der Referent erklärte, die Konjunktur sei gegenwärtig eine günstige, aber wir wollen uns nicht auf den Standpunkt der Innung stellen, sondern auf friedlichem Wege die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln suchen und schlug folgende Resolution vor: „Die heute, den 12. Juni, im Saale des „Kölnischen Hofes" von über 700 Maurern Dortmunds besuchte Versammlung beschließt nach Kenntnißnahme der Statistik, welche eine äußerst günstige Konjunktur ergiebt, trotzdem dem Wunsche, welcher in dem Schreiben des Innungsvorstandes geäußert wird, Rechnung zu tragen und beauftragt den Gesellenausschuß, der Innung nochmals unsere Forderungen zu unterbreiten mit dem Ersuchen, innerhalb acht Tagen in Verhandlungen einzutreten. Desgleichen empfiehlt die Versammlung allen im Kündigungsverhältnisse stehenden Kollegen, am Samstag die Kündigung einzureichen." Gegen diese Resolution wandte sich Kollege Nowack, wogegen die Kollegen Schicke und Niclauß für dieselbe eintraten. Die Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen. In „Verschiedenes" wies der Vorsitzende des Zentralverbandes, Kollege Bömelburg-Hamburg, darauf hin, daß seit einem Jahre die hiesigen Verhältnisse für die Maurer schlechtere geworden seien, wie die Lohnstatistik beweise. An der Lohnbewegung seien hauptsächlich die Unternehmer schuld, die im Vorjahre sich erlaubten, den Gesellen die bekannte Arbeitsordnung aufzuoktroyiren und den Lohn bedeutend zu reduziren. In zu Herzen gehenden Worten forderte er die unorganisirten Kollegen zum Beitritt in die Organisation und zum solidarischen Handeln auf. Würde nicht gemeinsam gehandelt, so würden den Nutzen nur die Unternehmer haben. Nachdem Kollege Wiedeberg aus Berlin die Ausführungen des Vorredners lebhaft unterstützt hatte, wurden die Anwesenden nochmals auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Dortmunder Maurerbewegung geschlossen wurde.

Am 10. Juni tagte in **Dresden** eine gut besuchte Maurerversammlung, in welcher Genosse Hans Block über „Gewerkschaftliche Erfahrungen" sprach. Redner verstand es, sämmtliche Anwesenden durch seine Art des Vortrags sowie auch durch die Zusammenstellung des Materials zu fesseln. Unter „Gewerkschaftliches" wurde an Stelle des Kollegen Niemann, welcher abgereist ist, der Kollege Koch in's Gewerkschaftskartell gewählt. Einem kurzen Bericht über den Stand der Bausperren, wobei besonders die Muthlosigkeit eines großen Theiles der Dresdener Maurer gegeißelt wurde, folgte eine Anzahl Beschwerden über das Verhalten der „Sächsischen Arbeiterzeitung" in Bezug auf Berichterstattung speziell bei den Maurern; es wurde behauptet, daß eine Anzahl, ja fast alle Berichte von Maurerversammlungen in mehr oder weniger gehöriger Weise gekürzt und verstümmelt worden seien. Das sei der Anlaß, weshalb ein Theil der Schriftführer Berichte an die „Sächsische Arbeiterzeitung" nicht mehr gesandt habe. Genosse Block vertrat ganz energisch den Standpunkt der Redaktion, mußte aber zugeben, daß er nichts mit der Berichterstattung zu thun habe, glaubte aber bezweifeln zu müssen, daß die Maurer Recht hätten. Damit man in Zukunft von Seiten der Redaktion die Wahrheit unserer Ausführungen nicht mehr bezweifelt, war man der Ansicht, daß eine Abschrift von jedem eingesandten Bericht aufbewahrt wird.

Der Zweigverein **Gera** hielt am 7. Juni seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Leben über § 152 der Gewerbeordnung sprach. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Debatte im Sinne des Referats. Hierauf wurden die Kollegen Kühn und Bauer als Mitglieder für die Unfallberufsgenossenschaft in Vorschlag gebracht. Nach Erörterung weiterer Verbandsangelegenheiten (wo u. A. auch eine Partie nach Crossen-Tauchlitz beschlossen wurde), brachte der Kassirer noch in Erinnerung, daß Mitglieder, welche über drei Tage bis zu vier Wochen krank sind, Arbeitslosenmarken zu entnehmen haben; Diejenigen aber, welche länger als vier Wochen krank sind, sich wöchentlich beim Kassirer melden müssen, jedoch Beiträge nicht zu bezahlen brauchen.

Der Zweigverein **Gotha** hielt am 13. Juni seine regelmäßige gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wurden zehn neue Mitglieder aufgenommen. Zur Tagesordnung legte Kollege Leube den Anwesenden in recht trefflicher Weise klar, wie nothwendig es sei, sich zu organisiren. Redner ermahnte die Versammlung, mit aller Macht daran zu arbeiten, daß wir die dem Verbande noch fernstehenden Maurer in unsere Reihen führen, um mit uns zu rathen und zu thaten, auf welche Weise wir am besten vorwärts kommen, da nur eine starke Organisation dem Unternehmerthum entgegentreten könne. Dann entspann sich eine längere Debatte über ein Mitglied, welches gegen seinen Unternehmer böswillige Aeußerungen über den Verband gethan haben soll. Die Angelegenheit soll in der nächsten Versammlung zum Austrag gebracht werden. Nachdem der Kartelldelegirte Bericht erstattet hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Am 15. Juni fand in **Hof** im „Kulmbacher Hof" eine außerordentliche Generalversammlung statt, welche dadurch nothwendig geworden war, weil die Vorstandschaft ergänzt werden mußte. An Stelle des aus dem Verband ausgeschlossenen früheren Vorsitzenden Hölzel wurde Kollege Friedrich Thieme gewählt. Nachdem noch die Wahl eines Kolporteurs vorgenommen war, ermahnte Kollege Schnirch die anwesenden Kollegen, fester denn je zum Verband zu halten, damit allen Machinationen unserer Gegner zum Trotz unser Zweigverein wieder zu derselben Höhe gelangt, wie vor dem Streik. Unter „Verschiedenes" regt Kollege Schnirch an, ob es nicht rathsam wäre, den noch bestehenden Verein „Maurerbrüderschaft" mit dem Zentralverband zu verschmelzen, weil gerade obengenannter Verein die meisten Streikbrecher geliefert hat. Von den anwesenden Mitgliedern des obigen Vereins wurde denn auch zugesagt, daß im Laufe dieser Woche eine Versammlung einberufen wird, zu welcher Kollege Schnirch hinzugezogen werden soll. Ferner wurde beschlossen, daß sämmtliche Streikbrecher auf die Dauer von zwei Jahren aus dem Verbande ausgeschlossen werden. Da von verschiedenen Kollegen heftige Angriffe gegen die Streikleitung gemacht wurden, so wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt, welche die Sache untersuchen soll. Nachdem die Tagesordnung erschöpft, wurden die Kollegen nochmals aufgefordert, mit allen Kräften für die Organisation einzutreten, damit die Aussperrungsgelüste der Hofer Scharfmacher gründlich verdorben werden. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein **Lindau i. B.** hielt am 14. Juni seine Mitgliederversammlung ab. In derselben wurde über die Mißstände am Kasernenbau debattirt. Die Baubude wird zur Lagerung von Kalk, Zement und verschiedenem Arbeitsgerümpel benutzt, während die Maurer und sonstigen Arbeiter ihre Arbeitspausen im Freien, ohne jeden Schutz vor der Witterung, zubringen müssen. Außerdem wurde die Wohnungsnoth beleuchtet, infolge deren es den von auswärts zuströmenden Kollegen unmöglich ist, menschenwürdige Schlafstellen zu erhalten, sie müssen sich in Wirthschaften, der Herberge zur Heimath usw., einlogiren, sechs bis acht Mann in einer Stube zusammen. Trotzdem annonciren die Unternehmer in auswärtigen Blättern, daß nach hier Maurer gesucht werden, gute Logis seien vorhanden. Die Versammlung beschloß eine Resolution, nach welcher für den Kasernenbau eine Baubude zum Aufenthalt der Arbeiter während der Pausen, das Verbot des Umtragens von Getränken während der Arbeitszeit und anständige Behandlung seitens des Parliers verlangt wird. Die Löhnung läßt auch viel zu wünschen übrig. Es werden 35 bis 50 ₰ pro Stunde gezahlt.

Am 15. Juni fand in **Plau i. M.** eine öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: „Gründung eines Zweigvereins des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands". Nachdem Kollege Mützel-Lübeck den Zweck und Nutzen der Organisation klargelegt hatte, beschloß die Versammlung einstimmig die Errichtung eines Zweigvereins. Nach erfolgter Vorstandswahl wurde beschlossen, die Beiträge durch den Grundsteinverbreiter wöchentlich einkassiren zu lassen. Da es nothwendig ist, auch hier bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, verpflichten sich sämmtliche Anwesende, für eine rege Agitation Sorge zu tragen, um auch die ländlichen Kollegen mit heranzuziehen. Der Lohn beträgt bei elfstündiger Arbeitszeit ℳ 3,15 täglich. In der kürzesten Arbeitszeit (von Licht zu Licht) wird täglich ℳ 2,10 gezahlt.

Eine stark besuchte Maurerversammlung beschäftigte sich am 10. Juni in der „Königsburg" zu **Plauen i. V.** mit dem Antwortschreiben der Baugeschäftsinhaber, welches auf eine gestellte Lohnforderung der Gesellen eingegangen war. Zunächst sei angeführt, daß die Maurer schon seit fünf Jahren eine Forderung an die Unternehmer gestellt haben, welche aber nie die erforderliche Beachtung bei denselben gefunden hat. Wenn auch der Lohn im Baugewerbe seit Jahren etwas gestiegen ist, so hat er doch nicht im Verhältniß zu den Miethsund Nahrungsmittelpreisen gleichen Schritt gehalten. Ferner veranlaßte die intensivere Arbeitsthätigkeit, welche von Jahr zu Jahr verlangt wird, die Maurer, einen Lohn von 45 ₰ bei zehnstündiger Arbeitszeit zu fordern. Neben weiteren anderen Punkten wünschen sie auch die Abschließung eines korporativen Arbeitsvertrages, der die so gepriesene Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu Papier bringen soll, damit von beiden Seiten die Gewähr für ein friedliches Zusammenarbeiten gegeben ist. Die Plauenschen Baugeschäftsinhaber lehnen aber einfach jedwede Forderung, und wenn sie noch so gerecht erscheint, ab. Diese Haltung der Unternehmer läßt sich wohl zum Theil mit in einem anderen Grund suchen, welchen auch der anwesende Kollege aus Leipzig zur Genüge erläuterte. Der Versammlungs-

besuch ließ aber auch diesmal, wie gewöhnlich, zu wünschen übrig, ebenso die Betheiligung an der Organisation. Zu verurtheilen ist die Gleichgültigkeit der Kollegen, mit welcher sie von früh bis spät bei elfstündiger Arbeitszeit ihre Arbeit verrichten. Alles lassen sie an sich vorübergehen, schlechte Behandlung, Schimpfworte gemeinster Art rühren sie garnicht. Bei solcher Theilnahmlosigkeit, die den Unternehmern nicht unbekannt ist, war eine andere Antwort allerdings nicht zu erwarten. Der Lohnkommission wurde nochmals der Auftrag gegeben, den Versuch zu machen, den Unternehmern die Wünsche mündlich vorzutragen, um auf diese Weise eine Einigung in der schwebenden Lohnfrage herbeizuführen. Mit einem Appell an die Anwesenden, Mann für Mann für die Organisation thätig zu sein, damit für die Zukunft eine solche abschlägige Antwort nicht wieder erfolgt, fand die Versammlung ihr Ende.

Am Samstag, den 7. Juni, sollte in **Siegburg** eine Besprechung der Maurer stattfinden, zu welchem Zweck Kollege Muth aus Köln dort erschienen war. Jedoch es kam anders. Die Polizei hatte Nachricht davon erhalten, und es erschien denn um 9 Uhr ein Beamter, der einen der anwesenden Maurer hinausrief, ihn nach Namen und Wohnung fragte und auch feststellen wollte, wer die Zettel vertheilt habe, die zum Besuch der Besprechung aufforderten. Auch erkundigte sich der Beamte nach dem Herrn mit dem Strohhut, der doch wohl der Kölner sei. Als nun Kollege Muth die Wirthin aufforderte, das hintere Zimmer für die anwesenden Maurer herzugeben zum Zwecke der Besprechung, da fuhr diese los. Hier gäbe es keine Besprechungen, sie dulde das nicht, wenn sie das gewußt hätte, würde sie ihre Zustimmung nicht gegeben haben, und schnurstracks lief sie dann auf die Straße, um in kurzer Zeit mit dem obenerwähnten Polizisten und dem Wachtmeister auf der Bildfläche zu erscheinen, die den in's Wanken gekommenen Staat wieder vor dem Umsturz retteten. Die guten Leute mögen sich gesagt sein lassen, daß sie durch derartige Machinatiaonen die Arbeiter doch nicht hindern werden, ein ihnen gesetzlich gewährleistetes Recht auszuüben. Auch die Siegburger Maurer werden dafür Sorge tragen, daß trotz aller Polizeichikane ihre berechtigten Bestrebungen zum Besten der Kollegenschaft von Erfolg sein werden.

Unter der Stichmarke: **„Auch ein Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer"** wird uns aus **Spandau** mitgetheilt:

Am 30. Juni wird es ein Jahr, als sich die Zentralorganisation in Spandau spaltete, und ein kleines Häuflein sich der Vertrauensmänner-Zentralisation anschloß. Stichhaltige Gründe, welche den Austritt, bezw. Gründung einer zweiten Organisation, rechtfertigten, konnten nicht erbracht werden. Der Eine sagte, es seien im Streik Unregelmäßigkeiten vorgekommen, ein Anderer sagte wieder, im Zentralverband könnten sie keine Politik üben und deshalb wollten sie einen Lokalverein gründen. Aber der eigentliche Grund lag tiefer und rührte vom Streik im Jahre 1900 her. Der damalige Kassirer, Robert Waldt, wie auch noch mehrere Kollegen arbeiteten zu den neuen Bedingungen und hatten laut Versammlungsbeschluß pro Woche ℳ 3 an die Streikkasse abzuführen. Anstatt nun als Verwaltungsbeamter dahin zu wirken, daß alle Angelegenheiten ordnungsmäßig erledigt würden, machte Waldt es sich zur Aufgabe, nach jeder Richtung hin die Unzufriedenheit unter den Kollegen bis auf das Aeußerste zu schüren. Ein sehr gutes Mittel, die Gemüther der Schwachen zu erregen, glaubte er in dem obenerwähnten Versammlungsbeschluß gefunden zu haben und scheute sich auch nicht, nachdem er selbst dafür eingetreten war, daß dieser Beschluß zu Stande gekommen, in der gemeinsten Weise dagegen Stimmung zu machen. Daß durch derartige Machinationen der Erfolg des Streiks stark beeinträchtigt wurde, braucht hier wohl nicht weiter gesagt zu werden. Die Zahlstelle nahm dies als Veranlassung, einen anderen Kassirer zu wählen. Aus reiner Selbstsucht und Rachegefühl gegen den Zentralverband setzte sich nun Waldt mit dem Vorstand des Berliner Lokalvereins in Verbindung und gemeinsam mit diesem wurde nun das Werk vollbracht. Der Vorsitzende des Berliner Lokalvereins, Julius Gehl, welcher am 30. Juni in der konstituirenden Versammlnug anwesend war, wurde unsererseits nicht im Unklaren gelassen, welch' Geistes Kinder es seien, die in seiner Organisation ein Unterkommen suchten. Gehl beschönigte damals seinen Verein damit, indem er sagte, die Disziplin im Zentralverband grenze an Kadavergehorsam und Keinem könne man es verdenken, der sich dies nicht mehr wolle gefallen lassen. Jetzt ist noch kein Jahr vergangen, und was ist aus Denjenigen geworden, die auf einmal das Bedürfniß verspürten, Politik treiben zu müssen und deshalb einen Lokalverein gründen mußten? Die Leser dieses Blattes mögen das diesen trauriger Helden zukommende Attribut nach Kenntnißnahme der folgenden Thatsachen selbst hinzufügen. — Am 8. Juni fand hier eine öffentliche Maurerversammlung statt, welche vom hiesigen Lokalverein einberufen war. Da jedoch die übergroße Mehrheit der Versammlungsbesucher zentralorganisirt war, so fiel die Leitung der Versammlung uns in die Hände. Der Vorsitzende des Berliner Lokalvereins, Gehl, war erschienen und hielt einen Vortrag über das Thema: „Was wir wollen". Im Anfang seines Vortrages verlas er das Programm der Vertrauensmänner-Zentralisation und fügte hinzu, daß nur dies die einzige Gewerkschaftsorganisation sei, die ihrer Stellung zur sozialdemokratischen Partei so klaren Ausdruck gebe. Des Weiteren verbreitete er sich über die Tarifgemeinschaft, und suchte nachzuweisen, wie schädlich solche Arbeitsverträge seien. Zum Schluß seines Vortrages sagte er, daß er nicht für die Tarifgemeinschaft zu haben, aber — auch nicht immer ein Gegner derselben sei. Kollege W. Fritsch-Berlin widerlegte in einer längeren Rede die Ausführungen des Referenten und wies denselben darauf hin, daß er in der Tariffrage sich selbst grundsätzlich widersprochen hätte. Hierauf verbreitete Kollege Lemme sich hauptsächlich über die Spandauer Verhältnisse, führte heftig Klage über das Verhalten der hiesigen Lokalisten und verlas folgende anonyme Postkarte, welche ein Maurermeister am Orte am 25. März erhalten hatte:

Geehrter Herr Sch . . . . . !

Wir Endesunterzeichneten theilen Sie hierdurch mit, daß Sie auf Ihrem Neubau den Führer der Sozialdemokraten Degner (Maurer) beschäftigen. Der Streik wird bald losgehen.

Mehrere unorganisirte Maurer.

Während der Verlesung dieser Karte hatte sich begreiflicher Weise der Versammlung eine starke Unruhe bemächtigt, und diese wuchs, je näher Lemme dem Schreiber dieser Karte auf die Spur kam. Unter allgemeiner Spannung bezeichnete er den Schreiber der Karte mit den Worten und mit dem Finger auf ihn zeigend: „Da sitzt der Schuft!" Und der Bezeichnete war kein Geringerer als Robert Waldt, der Vorsitzede des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Spandaus und Umgegend". Trotzdem auch wir auf den ersten Blick auf die Karte den Schreiber genau erkannten, hatten wir noch der Sicherheit halber schriftlich von einem gerichtlich vereidcten Schreibsachverständigen durch Schriftvergleichung feststellen lassen, daß Waldt der Schreiber dieser Karte war. Dies brachte die Versammlung so in Erregtheit, daß der überwachende Polizeibeamte die Versammlung auflösen drohte. Auf die schweren Anschuldigungen versuchte Waldt zu bestreiten, daß er der Schreiber der Karte sei, er sagte, er sei nur als Sündenbock ausgesucht. Hierauf verlas er eine Quartalsabrechnung, welche schon Jahre lang zurückliegt und nichts bedeutete, als eine blöde Verlegenheitsphrase, um sich um den Kern der Sache herumzudrücken. Die Antwort hierauf ertheilte ihm Kollege Degner in etwas derber, aber gerechter Weise, und es half kein Leugnen mehr, der Beweis war erbracht und die Maske, unter der er so lange sein Unwesen getrieben hatte, war ihm heruntergerissen. Hierauf sagte Gehl, daß von seinem Verein Waldt aufgegeben wurde, seine Unschuld zu beweisen, widrigenfalls er ausgeschlossen würde. Nach einer etwas erregten Auseinandersetzung der Kollegen Gehl und Fritsch erfolgte mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung Schluß der Versammlung. Was der Lokalverein mit solchen Mitgliedern am Orte bedeutet, müssen wir wohl am besten beurtheilen können. Die günstigste und blühendste Konjunktur müssen wir theilnahmslos an uns vorübergehen lassen, und kein Glied können wir rühren. Die Spandauer Maurerschaft aber hat diese Zustände den Gründern der Schierlingspflanze zu verdanken.

Eine, leider nur von acht Mitgliedern besuchte, außerordentliche Mitgliederversammlung tagte in **Wilster** am 15. Juni, in welcher das Vorgehen des Bürgermeisters gegen den hiesigen Zweigverein eine scharfe Kritik erfuhr. Ein zum 22. Juni beabsichtigtes, geschlossenes Vereinsvergnügen ist nämlich von dem Bürgermeister verboten worden, weil „die Natur der Versammlung die Theilnahme von Frauen voraussetze und somit eine Uebertretung des § 8 des Vereinsgesetzes in sicherer Aussicht stehe." Die persönlich angebrachte Vorstellung des Comitémitgliedes Pries, daß ja keine Versammlung, sondern nur ein Vergnügen geplant sei, hatte keinen Erfolg; er erhielt zur Antwort, der Verband stehe auf politischem Boden, weil erstens im vorigen Jahre ein auf dem Armenhausneubau beschäftigter Maurer, der in einer von den Arbeitern boykottirten Wirthschaft logirte, von seinen Mitarbeitern aus der Arbeit hinausdrangsalirt worden sei, und zweitens die betreffende Wirthschaft deshalb boykottirt wurde, weil der Wirth früher in Hamburg oder Altona Polizist gewesen sei. Weitere Gründe wollte der Herr Bürgermeister sich für später vorbehalten. Man könne sich ja über ihn beschweren, bezw. ihn verklagen. Letzteres ist denn auch geschehen, indem die Versammlung den Vorstand damit beauftragte. Traurig ist es ja, daß bei solcher Tagesordnung so wenig Mitglieder erschienen waren.

In **Wolfenbüttel** tagte am 14. Juni die regelmäßige Mitgliederversammlung des dortigen Zweigvereins. In derselben berichtete ein Kollege über die Entstehung und den Stand des dortigen Zimmererstreiks, durch welchen die Maurer selbstverständlich in Mitleidenschaft gezogen wurden. Maurermeister Schönemann ließ z. B. auf seinem Genossenschaftsbau in der Wendenstraße die Balkenlage durch arbeitswillige Zimmerer legen in der Erwartung, daß „seine" Maurer nun weiter arbeiten würden. Diese erklärten sich jedoch mit den streikenden Zimmerern solidarisch und legten die Arbeit ebenfalls nieder. Nun wandte sich Herr S. an den Maurermeister Brandes in Wolfenbüttel um Zusendung von acht Gesellen. Das geschah auch. Als jedoch die Verborgten in Braunschweig den Sachverhalt erfuhren, schüttelten sie schleunigst den Braunschweiger Staub von ihren Füßen und fuhren wieder zurück. Die Konjunktur am Platze ist nach den Ausführungen des Vorsitzenden miserabel und die Meister versuchen infolgedessen den Lohn zu drücken und die für Aufrechthaltung der Abmachungen eintretenden Gesellen zu maßregeln, was den Vorstandsmitgliedern des hiesigen Zweigvereins schon passirt ist. Unter den Scharfmachern thue sich besonders der Architekt Kruse hervor; er habe sich gerühmt, schon öfter Bewegungen im Keime erstickt zu haben; auf seinen Bauten sei er Herr. Ob das immer so bleiben werde, fuhr der Vorsitzende fort, werde von dem Verhalten der Kollegen in Wolfenbüttel abhängen. Lernen dieselben begreifen, daß in Zeiten ungünstiger Konjunktur die Betheiligung und thatkräftige Mitarbeit an der Organisation um so nothwendiger ist, dann dürften die Bäume der Scharfmacher bald verdorren. In „Verschiedenes" wurden einem am Bau der Kreisdirektion im vorigen Herbst verunglückten Kollegen ℳ 20 als Unterstützung bewilligt. Ferner wurde beschlossen, am 13. Juli im Saale des Herrn Amelung das Stiftungsfest abzuhalten.

Am 10. Juni fand in **Wurzen** eine öffentliche Maurerversammlung statt, in welcher zunächst der Bericht des Delegirten Hofmann von der Gaukonferenz in Altenburg entgegengenommen wurde. Unter „Innere Berufsangelegenheiten" wurde dann einstimmig beschlossen, die Kollegen Müller und Linke aus dem Verbande auszuschließen. Sodann sprach Kollege Richard Bayer-Leipzig über: „Die Vertretung proletarischer Interessen im modernen Zeitungsgeschäft". Am Schlusse eines ausführlichen Vortrages wies der Referent darauf hin, daß für den ersten sächsischen Wahlkreis vom 1. Juli d. J. ab eine politische Zeitung zur Agitation für die nächstjährige Reichstagswahl herausgegeben werde und daß es auch Pflicht jedes Maurers sei, dieses Organ zu lesen und für dasselbe Abonnenten zu gewinnen. Die Zeitung werde alltäglich Abends erscheinen und wöchentlich nur 50 ₰ kosten.

Etwas über die Taktik der Berliner Lokalorganisation.

Am 11. Juni d. J. ging der hiesigen Verbandsleitung ein eingeschriebener Brief mit nachfolgendem Inhalt zu:

Berlin, den 10. Juni 1902.

An den Vorstand des Zweigvereins der Maurer Berlins.
(Zentralverband der Maurer Deutschlands.)

Werthe Kollegen!

Es ist in den letzten zwei Wochen fast täglich vorgekommen, daß Kollegen an uns herangetreten sind mit dem Ersuchen, daß wir Schritte unternehmen sollen, damit der Stundenlohn von 70 ₰, der auf einem Theil der Bauten Groß-Berlins jetzt gezahlt wird, auch auf den übrigen Bauten errungen wird.

Wir müssen zugeben, daß die jetzige Konjunktur in unserem Gewerbe derartig ist, daß die event. Forderung von 70 ₰ Stundenlohn, wenn auch nicht mit Leichtigkeit, so doch zur Durchführung gebracht werden kann.

Auch Ihr werdet Euch kaum dieser Einsicht verschließen können. Nun besteht ja leider die Thatsache, daß die Verbandsorganisation mit dem Verband der Baugeschäfte einen Vertrag abgeschlossen hat, nach welchem bis 1. April 1903 nur 65 ₰ Stundenlohn gezahlt wird, die Verbandsorganisation also auf Grund ihres Vertrages derartig gefesselt ist, daß sie eine bestimmte Forderung in der jetzigen Zeit nicht stellen kann, wir nehmen weiter an, daß es der Verbandsorganisation bei Berathung eines neuen Tarifes im Herbst voraussichtlich nicht gelingen wird, eine Erhöhung des Lohnes durch Verhandlungen zu erzielen, weil die berechtigte Annahme besteht, daß die Bauthätigkeit im Herbst bezw. im kommenden Jahre nicht so sein wird, wie sie jetzt ist, und erfahrungsgemäß die Unternehmer nur Zugeständnisse machen, wenn sie durch die Verhältnisse dazu gezwungen werden. Das kann jetzt unserer Meinung nach geschehen. Also könnten wir jetzt unserer Aufgabe, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen einzutreten, gerecht werden.

Auch sind alle Vorbedingungen, die ein Kampf in Berlin mit unseren Arbeitgebern erfordert, ebenfalls vorhanden, nur fehlt uns die Gewißheit über Eure Haltung, wenn wir den Kampf beginnen.

Wir sind ferner der Ansicht, daß, wenn die Möglichkeit besteht, trotz des bestehenden Vertrages den Stundenlohn jetzt zu erhöhen, es Euer Wille nicht sein kann, diese Möglichkeit in die Unmöglichkeit auf irgend eine Weise umzuwandeln. Da uns hierüber jede Gewißheit fehlt, bitten wir Euch, uns bis Montag, den 16. Juni 1902, eine bündige Antwort schriftlich zu geben, ob Ihr einem event. Eintreten unsererseits zur Erringung des 70 ₰-Stundenlohnes entgegentreten werdet oder nicht.

Mit kollegialischem Gruß
(Stempel.) J. A.: Julius Gehl, Vorsitzender.

Die Antwort hierauf erfolgte am 18. Juni und lautete:

Werthe Kollegen!

In Beantwortung Eures Schreibens vom 10. Juni theile ich mit, daß eine am 17. Juni stattgefundene Sitzung zu Eurem Antrage Stellung genommen hat. Wir sind nun zu der Ansicht gelangt, daß weder die jetzige Zeit, noch eine Organisation wie die unserige, die sich als Ziel die Verbesserung der wirthschaftlichen Lage unserer Berufsgenossen gesteckt hat, zum Experimentiren geeignet ist. Der deutsche Maurerverbänd hat sich kraft seiner Stärke und bisherigen glücklichen Operationen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu Ansehen in der deutschen Arbeiterbewegung und zu einem achtunggebietenden Gegner in den Augen des deutschen Unternehmerthums emporgerungen, so daß auch Euch einleuchten wird, daß er auf leichtfertige Experimente nicht eingehen kann. Die Interessen unserer Organisation sowie der gesammten Maurerschaft Berlins und der Umgegend gebieten es, daß, falls wir Forderungen stellen, wir dieselben unter allen Umständen auch nachdrücklich durchsetzen müssen, wenn die organisirte Maurerschaft nicht an Ansehen verlieren soll. Ein Rückzug in solchen Dingen ist sehr gefährlich und wird es Euch ja wohl noch in Erinnerung sein, daß gerade die Stellung der 70 ₰-Forderung im Herbst 1900 bei der Vertragsverlängerung die Schuld daran trägt, daß unsere Gegner mit ebenso erheblichen Gegenforderungen (Leistungsklausel usw.) kamen, die sie dann auf Grund der schlechten Geschäftslage hochzuhalten in der Lage waren, während wir aus denselben Gründen unsere Forderung mit Eurem vollen Einverständniß zurückziehen mußten.

Auch wir sind der Ansicht, daß ein Stundenlohn von 65 ₰ durchaus nicht ausreicht, den an uns gestellten Anforderungen von Staat und Gesellschaft gerecht zu werden und auch nur die dringendsten Lebensbedürfnisse befriedigen zu können, meinen jedoch, daß ein unzeitgemäßer Kampf sehr leicht sogar eine Verschlechterung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nach sich ziehen würde und ziehen muß, anstatt eine Aufbesserung zu bringen. Da nun der nach Eurem Vorschlage jetzt einzuleitende Lohnkampf das Ende des Vertrages bedeutete, nach Eurer eigenen Ansicht aber „**die berechtigte Annahme besteht, daß die Bauthätigkeit im Herbst bezw. im kommenden Jahre nicht so sein wird, wie sie jetzt ist**", so wäre es doch gewissenlos, wollten wir Euch in Eurem Vorhaben unterstützen und so die Kollegenschaft jetzt in einen Kampf führen, welcher in einen Machtstreik auslaufen würde, der immense schwere Opfer von unseren Kollegen forderte und von dessen Ausgang wir hier nicht reden wollen, der aber um so folgenschwerer auf uns lasten würden, als wir als vertragsbrüchiger Theil die Ursache dazu gegeben hätten. Im Uebrigen wird Euch doch wohl bekannt sein, daß durch einen am 8. Januar d. J. in „Keller's-Festsälen" gegen sechs Stimmen gefaßten Generalversammlungsbeschluß des Zweigvereins Berlin, welcher die Lohn- und Arbeitsbedingungen bis zum 1. April 1903 festlegt, wir der Verlängerung des Vertrages beigetreten sind, den wir zu brechen auch nicht Willens sind.

Die Folge eines jetzigen Lohnkampfes würde außer den Gefahren eines Streiks oder einer Aussperrung auf jeden Fall wieder die vertragslose Zeit sein, die wir unter keinen Umständen herbeisehnen, da ein solcher Zustand der Unsicherheit nur zum Schaden der gesammten Maurerschaft sein würde, was wohl Jeder von uns an seinem eigenen Leibe erfahren hat.

Wir sind uns der Verantwortung und der Tragweite eines solchen Schrittes voll bewußt und müssen Eure Vorschläge unter den gegebenen Umständen ablehnen.

Mit kollegialem Gruß

Die Verbandsleitung der Maurer Berlins u. Umgegend.
J. A.: Karl Panser, Vorsitzender.

Die Absicht des Vorstandes der Lokalorganisation ist jedem Eingeweihten sofort klar. Nicht ist das Leitmotiv des Briefschreibers die Erhöhung des Lohnes auf 70 ₰, sondern es ist der verhaßte Vertrag und Verband, dem man einen Stein in den Weg wälzen will. Die Berliner Lokalorganisation, die durch den Vertrag des Verbandes mit den Unternehmern zur Ohnmacht und Einflußlosigkeit verdammt ist, sie sucht nach Mitteln zur Agitation, sie will Alarm schlagen gegen den Vertrag, damit sie selbst zur Anerkennung gelangt. Dieser Haß gegen das Vertragsverhältniß datirt seit der Annahme des Vertrages seitens des Verbandes und der Ablehnung desselben seitens der Lokalorganisation im Frühjahr 1901. Daß wir mit unserer Anschauung das Richtige treffen, wird wohl zur Genüge dadurch bewiesen, daß am 2. Juni die Lokalisten noch in keiner Sitzung zur Erhöhung des Lohnes Stellung genommen hatten und auch nicht daran dachten, jetzt eine Forderung zu stellen, was am genannten Tage Kollege Gehl auf eine Anfrage des Kollegen Panser auf Ehrenwort versicherte. Es ist ja auch ganz erklärlich, daß die lokalorganisirten Kollegen Berlins, deren Leitung nicht der geringste Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zusteht, etwas von ihrer Organisation sehen wollen. Ihr Vorstand muß sich bemerkbar machen und fällt er jedesmal auf den Vertrag und den Verband. Im Frühjahr und Sommer 1901 war es die Leistungsklausel, welche als Paradepferd vorgeritten wurde. Als dieses Mittel nicht mehr fangen wollte, machte man einige Bausperren, um die Verbandskollegen gegen ihre Leitung aufzuhetzen. Die Verbandsleitung war jedoch standhaft genug, trotz großer Anfeindungen und ging nicht in die Falle eines Vertragsbruches. Dann schuf man den Fall Thürling-Becker, jedoch ebenfalls ohne den geringsten Erfolg. Einige Monate ist es nun ruhig geblieben. Nun sucht man von Neuem nach Kampfmitteln gegen Verband und Vertrag. Diese kurze Darstellung wird wohl genügen, um obige Briefe verständlich zu machen und zugleich allen Denen, die noch an die Ehrlichkeit der Lokalisten glaubten, eine Lehre sein.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Bremen. Bei dem Bau der neuen Gasanstalt stürzten am 14. Juni zwei Kollegen beim Versetzen der Fensterbänke im Innern des Baues in die Tiefe, weil ein Brett, welches zur Befestigung des Auslegergerüstes diente, mitten durchbrach. Der Eine der Verunglückten hat beide Beine gebrochen, während der zweite mit Hautabschürfungen davon gekommen ist.

Danzig. Am 10. Juni stürzten an dem Neubau der Firma Körner, vor dem Jakobsthor, der Parlier und viel Arbeiter in einer Höhe von zehn Metern beim Gerüstbau herab, wobei Alle schwer verletzt wurden. Am schlimmsten dürfte der Parlier weggekommen sein, an dessen Aufkommen gezweifelt wird. Die Betreffenden waren damit beschäftigt, das Gerüst zum Abputz der Hinterfront herzustellen. Als Reitplanken wurden sogenannte Streichstangen von der Dicke eines Armes verwendet. Beim Heraufziehen eines Anschifters brach die dünne Streichstange und alle fünf Mann stürzten mit dem noch nicht fertigen Gerüst in die Tiefe.

Kassel. Ein beim Abbruch eines Hauses in der Henschelstraße beschäftigter Arbeiter erlitt am 10. Mai durch einen Unfall derartige Verletzungen, daß er durch die Sanitätskolonne dem Landkrankenhause zugeführt werden mußte. — Ein schwerer Bauunfall, welchem leider ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich am 7. Juni Vormittags gegen ½11 Uhr am Neubau des Offizierkasinos in der Wolfsschlucht. Der Arbeiter Gottlieb Jünemann, aus Winzigerode gebürtig, 28 Jahr alt, unverheirathet, rutschte, als er im Innern des Gebäudes im dritten Stockwerk ein Brett hinunterschaffen wollte, aus und stürzte aus der beträchlichen Höhe hinab, wo er bewußtlos liegen blieb. Die Freiwillige Sanitätskolonne erschien alsbald und überführte den tödtlich Verletzten nach dem Krankenpflegeinstitut zum „Rothen Kreuz" vor dem Königsthor. Die sofort vorgenommene Untersuchung durch die Aerzte ergab, daß der Verunglückte einen Schädelbruch erlitten, ferner schwere innere Verletzungen und Beschädigungen an Armen und Beinen davongetragen hatte. Aerztliche Hülfe erwies sich leider als vergeblich. Jünemann ist im Krankenhaus am Nachmittag gegen 4 Uhr, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verschieden. — Zur selben Zeit wurde der beim Weißbindermeister Wellerdick arbeitende Weißbindec Justus Stiefel aus Breitenbach von einem schnellen Tode ereilt. Beim Absteigen vom Gerüst am Hinterhause der Rosenstraße 7 that der Bedauernswerthe einen Fehltritt, stürzte vier Etagen tief in den Hof und war sofort todt. Derselbe hinterläßt Frau und sechs Kinder.

München. Beim Neubau des Martinspitals stürzte am Freitag, 20. d. M., gegen 5 Uhr Abends, ein Tagelöhner aus Stockwerkhöhe von einem Gerüst herab, wodurch er eine Gehirnerschütterung, eine Quetschwunde am Kopfe und innere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus verbracht.

Plauen i. V. Am 16. Juni stürzte auf dem Neubau des Innungsmeisters Linke in der Krausenstraße auf der hinteren Seite des Gebäudes ein Gerüst zusammen. Fünf Maurer waren eben damit beschäftigt, eine Rüststange herabzulassen, als ein Strick, mit dem ein Sattel befestigt war, zerriß. Vier Mann stürzten 10 m hoch herab, von denen Einer am Gerüst hängen blieb und mit Hülfe Anderer aus seiner kritischen Lage befreit wurde. Das zusammengestürzte, zum Abzuhten der Seite bestimmte Gerüst war sehr leicht gebaut und mit Stricken und Klammern zusammengehängt.

* **Vom Submissionswesen.** Im Stadtbauamt zu Kassel fand kürzlich in Gegenwart der Interessenten die Eröffnung der Angebote auf Ausführung der Erd-, Maurer-, Asphalt- und Steinhauerarbeiten (Loos 1) zum Neubau einer unterirdischen Station für das städtische Elektrizitätswerk auf dem Schützenplatze statt. Die Preisforderungen betrugen: Jäger M. 62 091,05, Wurbs M. 62 468,60, Schmidtmann & Sohn M. 59 807,45, Fuchs M. 54 822,05, R. Stecher M. 56 933,20, Zulehner & Co. M. 55 507,60, Chr. Müller M. 59 795,15, H. Arnold M. 67 113,25, Brübach M. 50 422,60, Friebe M. 58 973,75, L. Lauckhardt M. 69 356,40, Potente & Sohn M. 65 556, Rennert & Kipp M. 65 552,60, Bügler & Kaiser M. 49 939,50, W. Gundlach M. 59 442,75, P. Zürn M. 51 542,60 und E. Linke M. 65 452,90.

Polizei und Gerichte.

* **Während des Streiks am Kasernenbau in Mainz** soll Kollege Serdap Franz aus Hechtsheim am 18. September v. J. einen Trupp Arbeitswilliger, der von dem Buchhalter der gesperrten Firma geführt wurde, durch Zurufe beleidigt haben, und wurde derselbe dieserhalb vom Schöffengericht in Mainz zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. Hiergegen hatte Franz Berufung eingelegt. Die Verhandlung vor der Strafkammer fand am 9. Juni statt. Trotzdem Franz entschieden jede Beleidigung bestritt und drei Zeugen, die bei dem Vorfall zugegen waren, nichts von beleidigenden Worten gehört haben, verwarf die Strafkammer auf die Aussage des Buchhalters hin die Berufung als unbegründet.

* **Verurtheilung eines ausgesperrten Kollegen.** Der vor der Aussperrung der Bauhandwerker in Ellerbek bei Kiel beschäftigte Maurer Josephi Carletti hatte sich vor der Kieler Strafkammer wegen Nöthigung von Arbeitswilligen zu verantworten. Der aus Majoletti in Italien gebürtige Angeklagte soll am 21., 27. und 28. April seine arbeitswilligen Landsleute mit Todtschlag bedroht und versucht haben, sie zur Theilnahme am Streik zu bewegen. Am 21. soll er auf diese Weise einen Trupp Italiener belästigt haben. Am 27. soll er ferner mit einem offenen Messer in der Hand hinter zwei Breaks, worin sich 25 italienische Streikbrecher befanden, hergelaufen sein und ihnen zugerufen haben: „Wenn Ihr hier in Arbeit tretet, werdet Ihr todtgeschlagen." Am 28. soll er seinen an einem Neubau arbeitenden Landsleuten gesagt haben: „Wenn Ihr mitkommt, erhaltet Ihr Reisegeld. Wenn Ihr aber weiter arbeitet, wird Euer Logis mit Dynamit in die Luft gesprengt." Endlich sollte er noch den als Vigilanten verdächtigen Parlier Cassetti bedroht haben. Der Angeklagte stellt jede Bedrohung entschieden in Abrede. Den Ausdruck „Dynamit" kenne er garnicht. Am 27. April sei er in Neumünster gewesen, habe also die Breaks garnicht verfolgen können. So viel sei zutreffend, daß er seine Landsleute gewarnt habe. Er sei dazu von Cassetti, der sich ihm gegenüber als Sozialdemokrat aufgespielt, direkt veranlaßt worden. Da die Zeugen jedoch gegen den Beschuldigten aussagten, hielt der Staatsanwalt dessen Schuld für erwiesen und beantragte vier Monate Gefängniß. Man müsse die Arbeitswilligen schützen. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß. Von der bereits über zwei Monate währenden Untersuchungshaft wird nichts in Anrechnung gebracht.

Eingegangene Schriften.

Die Nr. 18 des **„L'Operaio Italiano"**, welche mit Nr. 26 des „Grundstein" zum Versand kommt, hat folgenden Inhalt: Rede des Abgeordneten Cabrini auf dem Gewerkschaftskongresse. — Das Recht des Arbeitgebers. — Aus dem gegnerischen Lager. — Internationale Konferenz in Stuttgart. — Italienische Auswanderung während 1901. — Auf der Suche noch besseren Glückes. — Bürgerliche Justiz. — Korrespondenzen. — Lohn- und Streikbewegung. — Unglücksfälle auf Bauten. — Verschiedenes vom In- und Auslande.

„Neue Zeit" (Stuttgart, Dietz' Verlag), 38. Heft des 20. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Etwas über Prinzipienpolitik. — Drei Schweizer Wohnungsenqueten. Von C. Hugo. — Das neuseeländische Ideal. Von M. Beer. (Schluß.) — Die „Alldeutschen". Von K. Tschuppik (Prag.) — Ueber die ökonomische Lage der Provinzschauspieler. Von B. B. — Literarische Rundschau: Oesterreichische Arbeitersängerzeitung. — Feuilleton: Briefe von Karl Marx an Dr. L. Kugelmann. (Fortsetzung.)

Briefkasten.

Neustettin. Wie oft sollen wir denn wiederholen, daß wir solch' allgemeine Klagen über schlechten Versammlungsbesuch und Aufrufe an die Kollegen ihrer Nutzlosigkeit halber nicht aufnehmen. Dagegen hilft nur mündliche Agitation!

Calbe a. d. S., R. Muß angemeldet werden.

Neustettin, N. Die Streikunterstützung gehört zum Einkommen und muß bei der Veranlagung zur Steuer mit berücksichtigt werden. Die Verbandsbeiträge können von dem Einkommen nicht in Anrechnung gebracht werden, da es keine Versicherungsbeiträge sind.

Gerthacht und **Oranienburg.** Versammlungsanzeigen trafen für vorige Nummer zu spät ein.

Emden, M. Was nicht eine Zeitungsredaktion Alles wissen soll! Wie können wir wissen, wie sich in Transvaal die Verhältnisse gestalten werden und ob es für einen Maurer rathsam ist, nach dort auszuwandern. Wenden Sie sich an das Auswärtige Amt in Berlin, vielleicht erhalten Sie von dort Auskunft. Auf eine briefliche Beantwortung Ihrer Anfrage können wir uns nicht einlassen.

Spremberg, G. Sch. Sie hätten die Arbeit aufnehmen müssen, sobald der Parlier als der Vertreter des Unternehmers sich bereit erklärte, Sie wieder einzustellen. Ihren Anspruch auf Bezahlung der durch den Parlier verschuldeten unfreiwilligen Feiertage hätten Sie am Lohnzahlungstage geltend machen und event. Klage einreichen müssen, wenn Sie mit Ihren Ansprüchen abgewiesen worden wären. Dadurch, daß Sie die Wiederaufnahme der Arbeit verweigerten, haben Sie sich Ihrer Rechte begeben und erscheint daher eine Klage aussichtslos.

Hamburg, Sch. Adresse des Kassirers in Mülhausen i. Elsaß ist: **Otto Voigt,** Almastaden 5 b.

Tegel und **Potsdam.** Wir sind nicht in der Lage, umfangreiche Berichte, die erst am Montag Nachmittag resp. Dienstag Morgen eingehen, noch in der fälligen Nummer zum Abdruck zu bringen. Es hätte den Berichten auch wohl wenig geschadet, wenn sie ein paar Tage früher geschrieben worden wären.

Eutheim, K. Sie haben vergessen, in der Sterbetafelanzeige den Namen des Verstorbenen anzugeben.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 15. bis 21. Juni sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Memel M. 250, Halle a. d. S. 200, Friedrichsberg b. Berlin 200, Minden i. W. 150, Bromberg 110, Leipzig-Reudnitz 100, Schierstein 100. Summa M. 1110.

Zuschüsse erhielten: Nassenheide M. 200, Cöpenick 200, Neu-Langsow 100, Hainstadt 100, Lahr i. Baden 87,50, Niederbreisig a. Rh. 35. Summa M. 722,50.

Die Abrechnungsformulare für das 2. Quartal d. J. sind versandt, sollte eine örtliche Verwaltung dieselben nicht erhalten haben, so bitten wir um Nachricht.

Altona, den 21. Juni 1902.

Karl Reiß, Hauptkassirer, Wilhelmstr. 57.

Abrechnung für das 1. Quartal 1902

des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Sitz Hamburg.

Einnahme in den Zweigvereinen.

Vom 4. Quartal 1901 am Orte verbliebene Hauptkassengelder	M.	5347,70
An Eintrittsgeldern	„	2277,50
„ wöchentlichen Beiträgen	„	106869,19
„ sonstigen Einnahmen für die Hauptkasse	„	316,58
„ Zuschuß aus der Hauptkasse:		
a) Reiseunterstützung, Rechtsschutz, Gemaßregelten- und Sterbeunterstützung	„	14042,09
b) Streiks und Bausperren	„	54568,83
Summa	M.	183423,89

Ausgabe in den Zweigvereinen.

An die Hauptkasse eingesandt	M.	67674,02
Für Streiks und Bausperren	„	55767,28
„ Reiseunterstützung	„	11496,55
„ Rechtsschutz	„	2661,41
„ Gemaßregeltenunterstützung usw.	„	8667,10
„ Sterbeunterstützung an Mitglieder und deren Frauen	„	8105,—
Antheil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintrittsgeldern	„	24890,54
Hauptkassengelder am Orte behalten	„	4161,99
Summa	M.	183423,89

Einnahme in der Hauptkasse.

Kassenbestand vom 31. Dezember 1901			M.	17095,84
An Eintrittsgeldern	M.	1,—		
„ wöchentlichen Beiträgen	„	56,10		
„ sonstigen Einnahmen	„	4,85		
			„	61,95
Aus den Zweigvereinen resp. Zahlstellen eingesandt			„	67674,02
Von hingesandter Streikunterstützung zurückgesandt			„	29,60
Zurückgezogene Kapitalien			„	53500,—
Summa			M.	188360,91

Ausgabe in der Hauptkasse.

Für Druckarbeiten:				
a) Agitation	M.	1086,—		
b) Lohnbewegung	„	1227,50		
c) Statistik	„	1880,—		
d) Hauptkasse	„	967,50		
e) 794000 Marken u. 2600 Karten	„	611,50		
			M.	5722,50
„ Agitation: 1. an die Gauvorstände			„	13971,56
2. für sonstige Agitation			„	212,20
„ das Fachorgan „Der Grundstein"			„	21606,15
„ die Zeitung „L'Operaio Italiano"			„	499,71
„ „ „Oswiata"			„	194,85
„ „ „Stavebnik"			„	81,60
„ Quartalsbeitrag an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 4. Quart. 1901			„	2223,—
„ Zuschuß an Zweigvereine:				
a) Reiseunterstützung, Rechtsschutz, Gemaßregelten- und Sterbeunterstützung			„	14042,09
b) Streiks und Bausperren			„	54568,83
„ verschiedene Reisen zwecks Streikkontrole			„	757,55
„ die streikenden Kollegen in Amsterdam			„	500,—
„ eine Konferenz der Gauvorstände			„	958,39
„ Delegation zum dänischen Maurerverbandstag in Kopenhagen			„	108,65
„ Rechtsschutz für den Vorstand			„	45,—
„ Ergänzung der Verbandsbibliothek			„	86,85
„ eine Schreibmaschine nebst Zubehör			„	364,80
„ Beamtengehälter und Aushülfe im Bureau	M.	3803,43		
„ Revision	„	83,48		
„ Versicherung b. Vorstandsmitglieder	„	17,64		
„ Vorschuß des Ausschusses	„	100,—		
			„	4004,55
„ Bureaumiethe, Reinigung, Heizung und Beleuchtung			„	377,58
„ Buchbinderarbeiten: 4200 Bücher, 563 Verzeichnisse und 1845 Kassenbücher usw.			„	1846,20
„ Stempel und Zubehör			„	207,80
„ Bücher und Schreibmaterial			„	82,10
„ Zeitungsabonnements und Bringerlohn			„	16,67
Per Bank belegt			„	10000,—
Für Porto: 219 Packete	M.	102,85		
2005 Kreuzbandsendungen	„	177,47		
Briefporto, Telegramme u. Geldsendungen	„	310,75		
Versendung d. Kassenbücher	„	56,—		
Bestellgeld	„	50,70		
			„	697,77
Summa			M.	183126,40

Bilanz.

Einnahme	M.	188360,91
Ausgabe	„	183126,40
Kassenbestand	M.	5234,51

Hamburg, den 22. Juni 1902. **J. Köster,** Kassirer.

Revidirt und für richtig befunden von den Revisoren:

H. Marks, Altona.
Ad. Busch, Hamburg.
Wilh. Albrecht, Harburg.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Am 27. Juni gelangt zur Versendung:

a) An die Zweigvereinsvorstände:

zwei Abrechnungsformulare, eine Aufnahmeliste und ein Verzeichniß der Ausgeschlossenen.

b) An die Gauvorstände

unsere Abrechnung für das 2. Quartal 1902, zwei Abrechnungsformulare, zwei Formulare zur Aufstellung der Ausgaben für die Leitung und Kontrole der Streiks, außerdem ein Verzeichniß der Ausgeschlossenen.

Diejenigen Zweigvereins- oder Gauvorstände, welche die Sendung oder einzelne der genannten Sachen bis zum 1. Juli nicht erhalten haben, werden ersucht, uns sofort Mittheilung zu machen.

Die Vorsitzenden der Zweigvereine sind angewiesen, eine Sitzung einzuberufen und die gesammten Sachen dem Gesammtvorstande zu unterbreiten. Dasselbe gilt auch für die Gaue.

Die Quartalsabrechnung und die der Hauptkasse gehörenden Gelder sind bis zum 15. Juli einzusenden.

Die Revisoren

werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie laut § 2a des Statuts verpflichtet sind, den Kassirer monatlich mindestens einmal zu revidiren. Dieses hat auch mit der Quartalsabrechnung zu geschehen.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Weiden, Brunsbüttelkoog, Hof, Löwenberg, Elbing, Einbeck, Schwanebeck, Polzin, Leer und Stolberg.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Max Oesterreich-Chemnitz (Buch-Nr. 034 628), Karl Meier-Nürnberg (033 519).

Ausgeschlossen

sind auf Grund § 18a des Statuts vom Zweigverein **Leer:** H. Grüßing (Buch-Nr. 52 569), R. Stechmann (52 575), J. Nolte (52 578), J. Schlörholz (52 572), C. Aape (0 109 779), U. Brandt (0 109 778), J. Meyer (0 109 773); **Kolmar i. P.:** August Witkowski (241 602), Josef Konrad (241 614); **Solingen:** Josef Thabor (025 126); **Heinrichswalde:** Wilhelm Buhs (157 123), Ferdinand Salow (157 129), August Saß (157 136), Wilhelm Köchele (157 127), Johann Schwartz (034 149), Georg Winter (065 384), Gustav Splittgerber (065 332), Friedrich Winter (065 400); **Malchow:** H. Raths (172 221), P. Martens (172 223); **Lübeck:** Hermann Brall (154 425).

Die nachfolgenden Mitglieder werden ersucht, umgehend ihren Verpflichtungen der Hauptkasse gegenüber nachzukommen:

Adolf Moritz (Buch-Nr. 54 828), Carl Peters (055 468), Otto Treusch (017 599), Otto Böttger (081 391), W. Hünicke (243 501), Albert Dorn (043 191), Wilhelm Endorf (133 441), Heinrich Dietz (65 554), Hans Christian-Spahr (238 810), Benjamin Rybka, Fritz Hempel (084 503), Robert Krauß (054 995), Wilh. Schulze (046 947), Albert Heimbrecht (096 626), Otto Weber (240 959), G. Schiout (082 870), J. Bierkant (229 920), R. Salatz (0 109 842), Oskar Hartmann (149 348), E. Voß (216 466).

Wenn sich genannte Mitglieder in Zweigvereinen aufhalten, dann ersuchen wir die Vorstände, dies sofort zu melden.

Der Verbandsvorstand.

Marken-Versand.

In der Woche vom 16. bis 21. Juni sind Marken versandt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, U = Unterstützungsfondsmarken, Eh = Marken für Ehrenmitglieder):

Alt-Schaumburg 400 B à 35 ₰, 5 E à 50, 100 A à 25.

Brandenburg 20 E à 50 ₰. Braunschweig 500 A à 25. Briesen 200 B à 45. Blankenburg a. H. 1000 B à 35, 50 E à 50.

Calbe 600 B à 35 ₰. Crossen a. d. O. 10 E à 50. Crumstadt 200 B à 25. Cottbus 2000 B à 40. Colmar i. Elsaß 400 B à 30. Cüstrin 600 B à 35, 15 E à 50.

Dessau 3000 B à 35 ₰. Dortmund 1000 B à 45, 200 E à 50, 1000 K à 10. Dresden 1000 B à 40.

Ellrich 600 B à 30 ₰. Einbeck 600 B à 25.

Forst 25 E à 50 ₰, 200 B à 30. Freienwalde 20 E à 50. Friedland 100 B à 35.

Gelenau 200 B à 30 ₰. Goldberg i. Schl. 200 B à 30. Gr.-Wubicke 200 B à 35. Güstrow 100 B à 30.

Hadmersleben 400 B à 30 ₰, 5 E à 50. Heringen 200 B à 35. Halberstadt 2000 B à 40. Hannover 500 B à 35. Hötensleben 400 B à 30.

Kelbra 200 B à 30 ₰. Kiel 500 A à 25, 200 Eh à 30. Klosterlausnitz 200 B à 30. Königsberg i. Pr. 100 E à 50, 1000 B à 45, 600 A à 25.

Lichtenstein 15 E à 50 ₰. Lochau 200 B à 35, 100 A à 25.

Mainz 10000 B à 45 ₰, 500 Eh à 20. Malchin 100 B à 30. Mühlenbeck 400 B à 55, 200 A à 25. Müncheberg (Mark) 200 B à 35. Mülhausen i. E. 200 B à 30.

Neu-Ruppin 10 E à 50 ₰, 500 B à 25, 500 B à 35, Nienstedten 1000 B à 55. Neubrandenburg 100 A à 25. Niederndodeleben 100 B à 35. Nordenham 30 E à 50.

Oldenburg 100 A à 25 ₰, 100 Eh à 15.

Posen 2000 B à 40 ₰, 200 E à 50. Plathe 20 E à 50. Plaue 100 B à 40. Pfungstadt 10 E à 50.

Reihem 200 B à 35 ₰. Rostock 1000 B à 45. Rosenheim 20 E à 50.

Senftenberg 200 B à 35 ₰. Schöningen 1000 B à 35. Schönebeck 200 A à 25. Stuttgart 400 E à 50. Schwiebus 1000 B à 30, 20 E à 50. Schwanebeck 25 E à 50, 100 B à 40 100 B à 25. Spremberg 20 E à 50.

Tambach 10 E à 50 ₰, 600 B à 25. Torgau 200 B à 35. Tangermünde 600 B à 35.

Vechta 200 B à 40 ₰.

Waldenburg 1200 B à 30 ₰, 50 A à 25 ₰, 50 E à 50. Winsen 10 E à 50, 200 B à 35. Weißenfels 2000 B à 40, 50 Eh à 15. Wildeshausen 200 B à 40. Wittenberg 200 A à 25, 200 B à 25. Waltersdorf 25 B à 55.

Zahna 200 B à 25 ₰. Zäckerick 100 B à 30. Zehdenick 20 E à 50. Zittau 400 B à 30. Zehden 400 B à 30. Zwenkau 15 E à 50, 600 B à 45.

Berichtigung: Unter Markenversand in Nr. 25 muß es heißen: Crimmitschau 20 E à 50 ₰.

In der Zeit vom 17. bis 23. Juni 1902 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von den Zweigvereinen Leipzig (in drei Raten) ℳ 2400, Spandau 637,20, Neuhaldensleben 405, Minden i. W. 200, Wriezen 159, Schwaan 75, Schleswig 75, Flensburg 150, Rathenow 400, Fürstenwalde 200, Dömitz 69,70, Celle 180, Helmstedt 100,12, Coblenz 650, Graudenz 65, Colmar i. Els. 29,25, Rheinsberg 50, Marienwerder (Westpr.) 30,20, Dresden 1000, Crimmitschau 100, Gollnow (zurückgesandte Streikunterstützung) 9, Burg auf Fehmarn (zurückgesandte Streikunterstützung) 35,65, Erfurt 250, Strausberg 60, Egeln 50, Kattowitz 46, Beuthen 36,40, Clötze 44,50. Summa ℳ 7467,02.

Für Broschüre „Lohnklausel und Minimallohn".

Schleswig ℳ —,50, Staßfurt 1, Rathenow 2, Dömitz —,50, Celle 2, Helmstedt 1, Colmar i. Elsaß —,25, Egeln —,50. Summa ℳ 7,75.

Für Statistik.

Staßfurt, Rathenow und Langen i. Hessen je ℳ 2,50. Summa ℳ 7,50.

Die Zweigvereins-Kassirer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Postabschnitten genau anzugeben, wofür das eingesandte Geld bestimmt ist.

Hamburg, den 23. Juni 1902.

J. Köster,
Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

→→ Anzeigen. ←←

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder. Die Zeile kostet 15 ₰.)

Altenburg. Am 7. Juni starb unser Verbandskollege **Reinhold Schultze** in Kostitz im Alter von 30 Jahren.

Berlin. Am 12. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied **August Wandersee** im Alter von 29 Jahren. Er war einer Derjenigen, die rastlos und mit Hintansetzung aller persönlichen Interessen in Berlin wie in der Provinz in Wort und in der That für die Interessen der Organisation eingetreten sind. Eine tückische Herz- und Lungenkrankheit brachte ihm ein jähes Ende. — Am 19. d. M. starb nach langem Leiden unser Kollege **Aug. Möbius** im Alter von 55 Jahren.

Eggesin. Am 21. Juni verstarb unser treuer Verbandskollege **Fritz Tabert** im blühenden Alter von 21 Jahren an Lungenleiden.

Fermersleben. Am 17. Juni verstarb unser treues Mitglied **Wilhelm Dost** im Alter von 55 Jahren an Lungenkrankheit.

Güstebiese. Am Donnerstag, den 19. Juni, starb der Kollege **Wilhelm Hildebrandt** an Lungenentzündung. Mit ihm ging dem Zweigverein einer der besten und opfermuthigsten Kollegen verloren.

Itzehoe. Am Sonnabend, den 14. d. M., verstarb plötzlich infolge Schlaganfalls in Wrist unser treues Mitglied, der Kollege **Hennig Falk,** im blühenden Alter von 20 Jahren.

Potsdam. Am 15. Juni verstarb nach kurzem Leiden unser Verbandskollege **Alb. Schlunke** im Alter von 37 Jahren an Lungenschwindsucht. — Am 17. Juni verstarb unser Verbandskollege **Wilh. Schulze** im Alter von 50 Jahren an Genickstarre. Wir werden Beiden ein ehrendes Andenken bewahren.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbegeld

ist in der Zeit vom 15. bis 21. Juni bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:

Jan Willms Weertz-Bremen, Buch-Nr. 144 280; Georg Göbel-Kassel, 037 795; August Oertel-Mühlenbeck (Frau), 143 005; Gustav Quaas-Dresden (Frau), 053 008; Franz Walter-Greifenhagen, 76 924; Albert Ganzer-Köln, 0 109 982; Robert Gärtner-Breslau (Frau), 150 295; Otto Grieser-Leipzig, 81 807; Karl Schönfeld-Leipzig, 113 270; Karl Halle-Arneburg (Frau), 021 818; Albert Schlunke-Potsdam, 084 261; Fritz Grien-Trittau (Frau), 138 137; Gustav Kappe-Mülheim a. d. Ruhr (Frau), 211 244; Christian Wilhelm Völp-Frankfurt a. M., 236 452; Friedrich Müller-Leipzig, 118 729; Wilhelm Schulze-Potsdam, 035 556; Ferdinand Grimm-Kassel, 17 879; Albin Vogel-Schmölln (Frau), 158 019; Heinrich Helfmann-Frankfurt a. M. (Frau), 98 843.

Mülheim a. d. Ruhr.

Der erste Vorsitzende, **Jakob Wolf,** wohnt: **Bruchstraße 54, 1. Et.** Der erste Kassirer, **Joh. Werner, Steinstraße 21.** [ℳ 1,50]

Schkeuditz.

Achtung! Maurer von Schkeuditz und Umgegend!

Der Kassirer und Expedient **Karl Beyer** wohnt: **Ringstr. 1.** Die arbeitslosen Kollegen haben sich dort zur Kontrole zu melden. [ℳ 1,80]

Braunschweig.

Der Zweigverein feiert am **Sonntag, den 6. Juli,** im **„Hofjäger"**, Wolfenbüttelerstraße, sein diesjähriges

≡ Sommerfest ≡

bestehend aus **Konzert, komischen Vorträgen, Saalfahren, Kinderbelustigungen** und **Ball.** Anfang präzise 4 Uhr Nachmittags. Zahlreichen Besuch erwartet

[ℳ 3,30] **Das Festcomité.**

Glogau.

Der Zweigverein feiert am **Sonnabend, den 5. Juli,** in **Weidner's** Restauration sein diesjähriges

Sommer-Vergnügen,

bestehend in **Tanz** und **komischen Vorträgen.** Gäste sind herzlich willkommen. [ℳ 2,40] **Das Comité.**

Grabow i. M.

Montag, den 30. Juni, feiert unser Zweigverein sein

✱✱ 10. Stiftungsfest. ✱✱

Anfang **1** Uhr. Abmarsch vom Vereinslokal 2½ Uhr.

Sämmtliche Kollegen von Grabow und Umgegend ladet freundlichst ein [ℳ 2,70] **Der Vorstand.**

Greiz.

Am **Sonntag, den 29. Juni,** feiert der Zweigverein sein

≡ 7. Stiftungsfest ≡

nebst **Ball** im Lokale **„Goldener Löwe"** in Irchwitz b. Greiz. Anfang **3** Uhr Nachmittags. [ℳ 3]

Hierzu werden alle Kollegen sowie die der umliegenden Zweigvereine freundlichst eingeladen. **Das Festcomité.**

Gr.-Besten. [ℳ 1,50]

Der Zweigverein feiert am **Sonnabend, den 5. Juli,** sein

2. Stiftungsfest.

Prenden.

Der Zweigverein feiert am **Sonntag, den 6. Juli,** sein

✱ Zweites Stiftungsfest ✱

bestehend aus **Konzert** und **Ball.** Anfang 3 Uhr Nachmittags.

Hierzu laden wir sämmtliche Kollegen von nah und fern freundlichst ein. [ℳ 2,40] **Die örtliche Verwaltung.**

Zweigverein Stade.

Am **Sonntag, den 29. Juni,** feiert der Zweigverein sein

5. Stiftungsfest,

bestehend in **Preiskegeln, Kinderbelustigung** und nachfolgendem **Ball** in dem erst kürzlich vergrößerten Saale des Herrn **Holthusen** in **Schölisch.** Gut besetztes Orchester. Anfang 4 Uhr.

Alle Kollegen und Genossen von Stade und Umgegend sind mit ihren Familien hierzu freundlichst eingeladen.

[ℳ 3,30] **Das Comité.**

Ehrenerklärung.

Die ausgesprochene Beleidigung gegen den Kassirer **Victor Grossgunst** nehme ich hiermit zurück.

[ℳ 1,50] **Johannes Ruttmann,** Maurer, **Arnstadt.**

Ehrenerklärung.

Ich nehme hiermit die Beleidigung, die ich gegen den Zentralverband der deutschen Maurer, Zweigverein Gollnow, ausgestoßen habe, reuevoll zurück und erkläre, in Zukunft mich anständiger gegen denselben betragen zu wollen.

Gollnow, den 22. Juni 1902.

[ℳ 2,40] **Ernst Kunze,** Maurer.

Denjenigen Kollegen, welchen den Aufenthalt des früheren Maurers (später Parlier in Rheydt) **Paul Heinemann,** geboren zu Neustadt bei Magdeburg, bekannt ist, wollen dieses an **Ernst Wolf,** per Adr. Gärtner Meier in **Opladen (Rheinland),** melden. Heinemann soll zur Zeit in Kiel arbeiten.

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, 28. Juni.

Elmshorn. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung.

Sonntag, 29. Juni.

Pasewalk. Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig.

Rendsburg. Nachm. 4 Uhr Generalversammlung bei Joseph, Herrenstr. 11. Sämmtliche Mitglieder müssen anwesend sein.

Schkeuditz. Nachm. 3½ Uhr Mitgliederversamml. in Gischmüller's Restaurant. Wegen wichtiger Tagesord. ist es Pflicht all. Kollegen, zu erscheinen.

Velten. Mitgliederversammlung im Vereinslokal, Louisenstr. 17. Alle Kollegen müssen erscheinen zwecks Regelung des Lohnverhältnisses.

Dienstag, 1. Juli.

Wandsbek. Abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung bei Behn. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Mittwoch, 2. Juli.

Glogau. Abends 8½ Uhr außerordentl. Generalversammlung im Restaurant „Zum Rathskeller". Alle Mann am Platz.

Guben. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal „Volksgarten". Erscheinen aller Kollegen dringend nothwendig.

Donnerstag, 3. Juli.

Königsberg i. Pr. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der „Phönixhalle". Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Sonntag, 6. Juli.

Lychen. Nachmittags 3½ Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur Strandblume". Erscheinen aller Kollegen erwünscht.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.